

Ginst & Heute

Beiträge aus dem Kreisgeschichtsverein Calw



Die Wiedervereinigung Deutschlands

Zeitzeugen berichten anlässlich des 25-jährigen Jubiläums
des Kreisgeschichtsvereins Calw im Jahr 2011

Zum Bild der vorderen Umschlagseite

Das Bild auf der Titelseite zeigt die nach friedlicher Revolution der DDR-Bürger von den Menschen "eroberte" Mauer vor dem Brandenburger Tor. Der Mauerfall am 9. November 1989 war der Beginn des Wiedervereinigungsprozesses, der am 3. Oktober 1990 mit dem Tag der Deutschen Einheit besiegelt wurde.

Foto: wikipedia

Sinft & Heute

Heft 21
2011

Sonderheft zum 25-jährigen Jubiläum
des Kreisgeschichtsvereins

Herausgeber:
Kreisgeschichtsverein Calw e.V.

Redaktion: Hermann Wulzinger

Beirat: Klaus Pichler, Martin Frieß, Horst Roller

Anschrift des Kreisgeschichtsvereins Calw e.V.

Hans Schabert
Laienbergstraße 135
75323 Bad Wildbad

E-Mail: HansSchabert@t-online.de

Internet: www.kgv-calw.de

Inhaltsverzeichnis

Heft 21, 2011

	Seite
Zum Inhalt dieses Heftes Hermann Wulzinger	4
Begrüßung zum 25-jährigen Jubiläum des KGV ... und eine kleine Rückschau Hans Schabert, Bad Wildbad	5
Grußwort des Kreisarchivars Martin Frieß, Kreisarchivar in Calw	9
Tag der Deutschen Einheit – die Voraussetzungen der Wiedervereinigung und ihre Wirkung Hans-Werner Köblitz, Landrat a.D., Zavelstein	11
Aufbauhilfe Ost aus und in den Kommunen Siegfried Luz, Neubulach	17
Ein echter "Wossi" berichtet Ulrich Maier, Bad Wildbad	19
Frühes Engagement und Unternehmenserfolg in den neuen Ländern Wolfgang Ehrmann, Nagold	25
Der einstigen DDR-Patengemeinde verbunden Robert Stratmann, Ulm-Jungingen	29
Hirsau und Thalbürgel: gemeinsame Kloostergeschichte als Bindeglied vor und nach dem Mauerfall Peter Schlang, Ottenbronn	31
Ehrung von Gründungsmitgliedern des Kreisgeschichtsvereins Calw Hans Schabert, Bad Wildbad	35
Schlusswort Klaus Pichler, Zavelstein	37

Die Autoren und ihre Anschriften:

Hermann Wulzinger, Schulstraße 23, 75385 Bad Teinach-Zavelstein, E-Mail: wulzinger.zav@web.de
Hans Schabert, Laienbergstraße 135, 75323 Bad Wildbad, E-Mail: HansSchabert@t-online.de
Martin Frieß, Kreisarchiv, Landratsamt, 75365 Calw, E-Mail: martin.friess@kreis-calw.de
Hans-Werner Köblitz, Landrat a.D., Sonnenhalde 8, 75385 Bad Teinach-Zavelstein, E-Mail: KoeblitzHW@cw-net.de
Siegfried Luz, BM a.D., Ahnengartenweg7, 75387 Neubulach, E-Mail: sieg.luz@online.de
Ulrich Maier, BM a.D., Mittlere Steige 46, 75323 Bad Wildbad, E-Mail: remulmaier@t-online.de
Wolfgang Ehrmann, EBB Beschlagtechnik GmbH, 72202 Nagold, E-Mail: wolfgang.ehrmann@ebb-beschlagtechnik.de
Robert Stratmann, Pfarrer, Fröbelstraße 3, 89081 Ulm-Jungingen, E-Mail: robert.stratmann@gmx.de
Peter Schlang, Birkachstraße 36, 75382 Althengstett, E-Mail: pschlang@gmx.de
Klaus Pichler, Schulstraße 21, 75385 Bad Teinach-Zavelstein, E-Mail: k.pichler@t-online.de

Zum Inhalt dieses Heftes

Dieses 21. Heft unserer Publikationsreihe „Einst&Heute“ beschäftigt sich mit einem einzigen Thema: mit dem 25-jährigen Gründungsjubiläum des „Kreisgeschichtsvereins Calw e.V.“. Dieses denkwürdige Ereignis fand am 3. Oktober des Jahres 1986 in den Räumen der Volkshochschule Calw statt, damals noch in der Bahnhofstraße; Gastgeber war der damalige Leiter der Volkshochschule, Dr. Klaus-Peter Hartmann, und Initiator war der damalige Kreisarchivar Jürgen Rauser.

Aus dem anfänglich zarten Pflänzchen hat sich über die Jahre hinweg ein kräftiges Gewächs entwickelt, das aus den heimatgeschichtlichen Aktivitäten innerhalb des Landkreises Calw längst nicht mehr wegzudenken ist. Seit 20 Jahren repräsentiert sich der KGV, wie er sich abgekürzt nennt, durch sein Jahresperiodikum „Einst & Heute“, in dem die Mitglieder des Vereins, gelegentlich aber auch Heimatforscher außerhalb des Vereins, die Ergebnisse ihre heimatgeschichtlichen Recherchen publizieren können. Das Organ wird dankenswerterweise von der Sparkasse Pforzheim Calw tatkräftig unterstützt. Mit dieser Hilfe konnte das letzte, das 20. Heft, erstmals farbig gedruckt werden.

Statt nun die eigene Vereinsgeschichte reflektierend aufzurollen, nahm der Vereinsvorstand das Gründungsdatum „3. Oktober“ zum Anlass, den 3. Oktober 1990, den „Tag der Deutschen Einheit“, in den Mittelpunkt seiner Jubiläumsfeier zu stellen. Diese konnte am 3. Oktober 2011 im Sitzungssaal des Calwer Landratsamtes stattfinden, woraus die Verbundenheit des Landkreises Calw mit „seinem“ Kreisgeschichtsverein zum Ausdruck kommt. Dem amtierenden Landrat, Herrn Helmut Riegger, sei für seine Gastfreundschaft auch an dieser Stelle noch einmal gedankt.

In diesem „Einst&Heute“-Heft Nr. 21 sind die Vorträge der Jubiläumsveranstaltung schriftlich gefasst festge-

halten. Nach den Begrüßungsworten des Ersten Vorsitzenden Hans Schabert und des amtierenden Kreisarchivars und Landratsvertreters Martin Frieß folgt das Mittelpunktreferat der Veranstaltung, der eindrucksvolle und mit viel Beifall bedachte Festvortrag des ehemaligen Landrats Hans-Werner Köblitz, der zur Zeit der Wiedervereinigung mitten in seinem politischen Leben stand und damals wie heute in der Lage war und ist, über den Tellerrand der Calwer Kreispolitik hinauszuschauen.

Nach einer Pause, die der Zuhörerschaft gut tat, folgten fünf Einzelreferate, die sich punktförmig mit Ost-Kontakten aus unserer Region vor und nach der Wende befassten:

Über „Aufbauhilfe Ost“ aus und in den Kommunen von Altbürgermeister Siegfried Luz aus Neubulach; über den Aufbau politisch-wirtschaftlicher Beziehungen, wie sie der ehemalige Wildbader Bürgermeister Ulrich Maier tätigte; über privatwirtschaftliche Initiativen des Nagolder Unternehmers Wolfgang Ehrmann und über die schon weit in die DDR-Zeit zurückreichenden und heute noch lebendigen Verbindungen der evangelischen Kirchengemeinde Calw nach Weida (Pfarrer Robert Stratmann) und der katholischen Kirchengemeinde Bad Liebenzell-Hirsau nach Bürgel/Thalbürgel (Peter Schlang). Die einzelnen Erfahrungsberichte führen den Leser lebhaft in jene spannende Umbruchzeit des „Wende-Wunders“ und der deutschen Wiedervereinigung zurück. Man lese selbst!

Mit der Ehrung der noch lebenden Gründungsmitglieder des Kreisgeschichtsvereins und mit dem Schlusswort eines dieser Gründer – Klaus Pichler – endete die informative Feierstunde, die auch in der örtlichen Presse ausführlich vor- und nachbesprochen wurde.

Hermann Wulzinger

Begrüßung zum 25-jährigen Jubiläum des KGV ... und eine kleine Rückschau

Der KGV, wie wir uns kurz nennen, ist heute, am 3. Oktober 2011, auf den Tag genau 25 Jahre alt, und dies wollen wir feiern. Zusammen mit dem Vorstand freue ich als Erster Vorsitzender mich, dass wir

- trotz vieler Entschuldigungen aufgrund von Reisen sonst Interessierter und von Freunden der Heimatgeschichte über das verlängerte Wochenende,
- trotz des für eine derartige Nachmittagsveranstaltung schlechten – nämlich heute so guten Wetters, das eigentlich zum Wandern und Grillen animiert,
- und trotz des vielfältigen Angebots in mehreren Städten und Gemeinden im Kreis und der Nachbarschaft

mit Ihnen eine stattliche Zahl Mitglieder und Gäste hier begrüßen dürfen.

Allein hier in Calw mit Kinder-Flohmarkt, verkaufsoffenem Feiertag, Hamburger Fischmarkt und Gartentagen, in Bad Wildbad mit großem Fest zur Wiedereröffnung der Bergbahn, in Nagold dem Urschelherbst und Neuenbürg dem Stoppelmarkt, dazu noch allerhand Weiteres, lockt heute und an diesem Wochenende ja so viel an.

Dennoch sind Sie also zu uns gekommen, und dafür sage ich Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Verbundenheit herzlichen Dank. Mein ganz besonderer Gruß gilt den Referenten des heutigen Nachmittags.

Ein besonders herzliches Willkommen darf ich Ihnen, Herr Hans-Werner Köblitz, unserem ehemaligen Landrat und gleichzeitigen Geburtshelfer dieses Vereins, zuzufügen. Es freut uns, dass Sie den Festvortrag übernommen haben, der sich wie das ganze Vortragsprogramm um die Wiedervereinigung und ihre Wirkungen dreht.

Weiter darf ich als den Nachmittag mitgestaltende Zeitzeugen besonders begrüßen:

- den früheren Bürgermeister der Bergwerkstadt Neubulach und amtierenden Kreisrat, Siegfried Luz,
- den früheren Bürgermeister der Stadt Bad Wildbad und Geschäftsführer der vor allem in der Kommunalberatung heimischen Maier Consulting GmbH im sächsischen Bad Düben und im stetig württembergischen Bad Wildbad-Calmbach.

- Aus dem gewerblichen Produktionsbereich gilt mein besonderer Gruß Herrn Wolfgang Ehrmann, dem Geschäftsführer der Firmen EBB-Beschlagtechnik in Nagold und ihres Schwesterunternehmens EIKKO im sächsischen Burkhardtsdorf.
- Ein besonders herzliches Grüßgott und Willkommen gilt Herrn Pfarrer Robert Stratmann aus Ulm, der uns zum Thema aus seiner Zeit als Pfarrer in Calw-Heumaden berichten wird,
- und nicht zuletzt grüße ich Herrn Peter Schlang aus Ottenbronn, ein besonders engagiertes und historisch interessiertes Mitglied der katholischen Kirchengemeinde Bad Liebenzell-Hirsau.

Vermisst haben, meine Damen und Herren, werden Sie in der Reihe der von mir begrüßten Gäste Herrn Landrat Riegger, der leider letzte Woche noch kurzfristig seine angekündigte Teilnahme abgesagt hat. Vertreten wird die Kreisbehörde von Herrn Kreisarchivar Martin Frieß, der gleich nach meinen Ausführungen ein Grußwort an Sie richten wird.

Namentlich nennen unter unseren Gästen und besonders begrüßen möchte ich aber vor allem noch den Initiator, der die Gründung des Kreisgeschichtsvereins Calw 1986 in die Wege leitete: nämlich Herrn Kreisarchivar i. R. Jürgen Rauser. Mit ihm gilt mein Gruß auch allen weiteren Gründungsmitgliedern, auf die ich im zweiten Teil des Nachmittags noch zu sprechen komme.

So ein Geburtstag oder Vereinsgeburtstag ist ein Gedenktag: man blickt zurück und zieht Bilanz und schaut auch ein wenig in die Zukunft. Wenn der Tag dann noch mit einem bedeutenden Datum zusammenfällt, dann soll natürlich auch der Blick auf dieses fallen. Etwas ganz Besonderes ist natürlich für einen Geschichtsverein, wenn der Gründungstag, der 3. Oktober, auch noch mit einem wirklich historischen Ereignis zusammenfällt, auch wenn dieses damals noch ein wenig auf sich warten ließ.

Der Fall des Eisernen Vorhangs ist ja rund drei, die Wiedervereinigung ganz genau vier Jahre jünger als der Kreisgeschichtsverein Calw. Was war damals im Gespräch, was war aktuell, als sich 14 Interessierte auf Anregung von Kreisarchivar Jürgen Rauser im Beisein des damals noch Ersten Landesbeamten Hans-Werner Köblitz als Berater und Geburtshelfer, der die Satzung verfasste, und dem damaligen Leiter der Volkshochschule Calw, Dr. Klaus-Peter Hartmann, zusammensetzten?

- In den USA gab es Ende Januar ein schweres Raumfahrtunglück, als kurz nach dem Start eine Challenger-Raumfähre in 17 km Höhe explodierte und 7 Menschen starben.
- Im Frühjahr des Jahres 1986 folgte der Super-Gau im russischen Kernkraftwerk Tschernobyl.
- Im Azteken-Stadion in Mexiko City wird Argentinien vor knapp 115.000 Zuschauern Fußball-Weltmeister durch einen 3:2-Sieg über Deutschland.
- In Baden-Württemberg wird 1986 bei Geislingen ein seit langem aufgrund von Münzfunden vermutetes, dennoch in seinem Umfang überraschendes, 2,7 ha großes, 2000 Jahre altes römisches Militärlager mit Siedlungen im Umfeld durch moderne Luftbildarchäologie nachgewiesen.
- Der VfB steht im DFB-Pokalfinale, muss sich allerdings mit 5:2 Bayern München beugen.
- Im Landkreis Calw wird über ein Müllbeseitigungskonzept diskutiert, nachdem, so wörtlich eine Zeitungsüberschrift jener Tage, „Oberhaugstetter Mülldeponie nur noch sechseinhalb Jahre nutzbar“.
- Für uns aber ganz wichtiges Kreisereignis war eben, dass am 3. Oktober 1986 der Heimat- und Geschichtsverein Landkreis Calw gegründet wurde, der später umgetaufte, heutige Kreisgeschichtsverein Calw.

Ehemalige VHS-Räume in der Bahnhofstraße Gründungsort

„Ein Verein lebt Geschichte“, schrieb ein Nachfolger von Jürgen Rauser als Kreisarchivar, nämlich Gregor Swierczyna, über einen den KGV beschreibenden und würdigen Beitrag im für Geschichte und Gegenwart kaum mehr wegzudenkenden Jahrbuch des Kreises Calw. Darin hält der Autor Folgendes fest: Zu der Gründungsversammlung, die am Freitag, dem 3. Oktober 1986 um 20 Uhr stattfand, fanden sich im Volkshochschulgebäude Calw in der Bahnhofstraße 44 insgesamt 20 interessierte Personen ein, um über die Idee der Gründung eines ‚kreisweiten Heimat- und Geschichtsvereins‘ zu beraten.

Dabei wurden nicht nur die Möglichkeiten, die eine solche Vereinsgründung mit sich bringt, erörtert. Der Initiator, J. Rauser, betonte dabei, dass der kreisweite Verein die örtlichen Aktivitäten der einzelnen bereits bestehenden Heimat- und Geschichtsvereine vor Ort nicht ersetzen bzw. eliminieren wolle, sondern sich eher als ein Dachverband für diese verstehe.“

Vierzehn Anwesende fanden die Idee so gut, dass sie die vom damaligen Ersten Landesbeamten Köblitz erstellte und vom Kreisarchivar vorgeschlagene Satzung auch gleich beschlossen und dem Verein beitraten. Der Bericht erzählt weiter:

„Die Hauptaufgaben des Vereins reichten nun vom Ideenaustausch, von Erfahrungsberichten der einzelnen Mitglieder sowie der Zentralisierung des historisch Erarbeiteten im Calwer Kreisarchiv bis hin zu Vorträgen, Kursen, Exkursionen sowie brauchwürdigen Ausstellungen. Auch an Schulungen sowie gegenseitiger Hilfestellung von Einzelpersonen wurde dabei gedacht.“

Diese Aufgabenstellung, einfach ausgedrückt, die Erforschung, der Erhalt und die Verbreitung der heimatgeschichtlichen Erkenntnisse unter gegenseitiger Unterstützung im Verein und im Zusammenwirken mit anderen Vereinen und den von Amts wegen mit derartigen Aufgaben betrauten wird nunmehr seit 25 Jahren gepflegt. Da gehören das Besuchen der Ortschaften im Altkreis Calw oder mit dessen Geschichte verbundener anderer Plätze ebenso zum regelmäßigen Programm wie das Berichten darüber.

Nachrichtenbriefe, „Einst&Heute“-Reihe und Bücher ...

Forschern gibt seit vielen Jahren das erste Vereinstreffen im Jahr die Möglichkeit, den Mitgliedern und Interessierten Neues aus alten Zeiten zu präsentieren. Die Nachrichtenbriefe, deren 143. hierher einlud, vermitteln das Gehörte und Gesehene über die „Vereinstreffs“ genannten gemeinsamen Exkursionen und anderes. Das ehrenamtlich erstellte und doch hochwertige, von der Kreissparkasse Calw und ihrer Nachfolgerin Sparkasse Pforzheim Calw gesponserte Heft „Einst&Heute“ erscheint jährlich mit interessanten Themen zur Historie unserer Heimat. Auch heute bekundet das Institut, das ein Sonderheft über diese Veranstaltung zugesagt hat, durch die Anwesenheit von Herrn Marktdirektor Ralph Günthner, dem an dieser Stelle mein besonderer Gruß gilt, sein Interesse an unserer Arbeit. Die jüngste Ausgabe, die 20., erschien – wie auch für künftige vorgesehen – in hochwertigem Farbdruck.

Die Buchtitel „Heimatbuch Landkreis Calw“ von Jürgen Rauser und die „Bäder im Kreis Calw“, von mehreren Autoren verfasst, sind vom KGV herausgegebene Werke, deren Verkaufserfolg verdeutlicht, welches großes Interesse an unserer Heimatgeschichte besteht. Sicher wird gelegentlich ein neuer Titel folgen.

Kurz vor Jahresbeginn 2012 im vierten Jahr erscheinen soll unser Veranstaltungskalender für „Heimatgeschichte und Traditionspflege“ in einer Auflage von 7.000 Exemplaren, der kostenlos die Veranstaltungen aller Anbieter entsprechender Termine des Kreises Calw in seinen Grenzen von 1972 erfasst, seien sie Mitglied oder nicht. Dies ist uns möglich durch die hier vom Bezirksverband der Raiffeisen- und Volksbanken gewährte

Unterstützung, für den ich als eines der Vorstandsmitglieder dieser Vereinigung in unserer Mitte den Vorstandssprecher der Raiffeisenbank im Kreis Calw, Herrn Gerd Haselbach, willkommen heiße.

Je nachdem, wie man zählt, hatte unser Verein ja schon über 200 Mitglieder. Seit Beitrag erhoben wird, was in den ersten Jahren nicht geschah, haben wir derzeit mit gut 170 Vereinsangehörigen den höchsten Mitgliedsstand, wobei Familienmitgliedschaften nur nach zahlenden Erwachsenen eingerechnet werden. Die Mitglieder setzen sich bei seit längerem stetig steigender Tendenz zusammen aus rund 140 Einzel- und dazu 30 juristischen Personen, nämlich den meisten Kreisgemeinden sowie Heimat- und Geschichtsvereinen, die uns teils bewusst wegen des Veranstaltungskalenders und der Hilfe im gemeinsamen Arbeitsfeld auf diese Art unterstützen wollen.

Im gesamten alten Landkreis gut verwurzelt

Das Pflänzchen, das Jürgen Rauser und der damalige VHS-Leiter, Dr. Klaus-Peter Hartmann, mit zwölf Gleichgesinnten setzten, hat sich also zu einer kräftigen Pflanze entwickelt und ist im gesamten alten Landkreis gut verwurzelt. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil in all den Jahren die Verbindung zwischen Landratsamt und Verein immer gut war, haupt- und ehren-

amtlich Wirkende sehr positive gemeinsame Wege fanden.

Dass im Verein die Zusammenarbeit gut ist und Beständigkeit herrscht, zeigt die Tatsache, dass bis ins dritte Jahrzehnt hinein nur zwei Vorsitzende in diesem tätig waren: nämlich der Gründungsvorsitzende Jürgen Rauser und der Heimatgeschichtler aus Passion, Horst Roller; jeder war mehr als zehn Jahre erfolgreich tätig.

Für ein Geburtstagsgeschenk, wohl nicht zuletzt vermittelt durch Frau Gabriele Vogel, die Abteilungsleiterin für Kultur und Schulen, und Herrn Kreisarchivar Martin Frieß, darf ich mich heute – dies wohl im Namen von allen Anwesenden – bedanken: für diesen Nachmittag, wo uns die Nutzung dieser Räume und die Bewirtung zum Jubiläumsgeschenk gemacht wurden.

Dank richte ich an dieser Stelle auch an die Stadt Calw, für die Hans-Martin Dittus, der Leiter des städtischen Fachbereichs Bildung, Kultur und Tourismus, mir als Geschenk an den Verein die 28-bändige Calwer Stadtgeschichte vor Beginn der Veranstaltung überreicht hat. Danken will ich natürlich auch sonst allen, die – sei es als Mitglied oder durch sonstige Förderung – unseren Kreisgeschichtsverein Calw zu der erfolgreichen Unternehmung auf ehrenamtlicher Basis gemacht haben, die er heute ist.

Heimat- und Geschichtsverein Calw gegründet

Kreisweite Organisation soll lokale Aktivitäten unterstützen – Jürgen Rauser Vorsitzender

CALW. In der Calwer Volkshochschule wurde an diesem Wochenende ein neuer Verein aus der Taufe gehoben. Der jüngste Sproß in der Vereinsfamilie des Landkreises Calw trägt den Namen Heimat- und Geschichtsverein Calw und soll als „Kreisverband“ die bestehenden örtlichen Geschichtsvereine, Institutionen und Einzelpersonen unterstützen, die sich mit der Aufarbeitung der Heimatgeschichte befassen. Gleichzeitig wird der neue Verein auch zur Zusammenfassung der zahlreichen Aktivitäten einen Beitrag leisten, wie der am Wochenende gewählte Vorsitzende, Kreisarchivar Jürgen Rauser, in einem Gespräch mit den Kreisnachrichten betonte.

Mit der Gründung des Heimat- und Geschichtsvereins Calw hat Jürgen Rauser eine Idee verwirklicht, mit der er sich schon seit Jahren an seiner früheren Wirkungsstätte, in Künzelsau, beschäftigt hatte. Der seit Herbst letzten Jahres im Kreis Calw tätige Jürgen Rauser war nämlich 20 Jahre lang Stadtarchivar in Künzelsau und Kreisarchivar im Hohenlohischen Land. Durch den Umzug in den Nordschwarzwald wurde jetzt der Kreisverein nicht im Hohenlohischen, sondern im Kreis Calw gegründet.

Zwar war die Schar der Gründungsmitglieder noch nicht gerade überwältigend – die 13, die sich in die Mitgliederlisten eingetragen haben, sind jedoch fast alle Vertreter von Organisationen und kommen nicht nur aus Calw, sondern auch aus Bad Teinach, Bad Liebenzell, Nagold, Altensteig und Wildberg. Die Vertreter aus dem Enztal haben ihre Mitarbeit bereits zugesagt, konnten aber wegen Terminschwierigkeiten an der Gründungsversammlung in Calw nicht teilnehmen.

Kreisarchivar Jürgen Rauser umriß die Aufgaben des neuen Vereins folgenderma-

ßen: Sein Betätigungsfeld soll vom Ideenaustausch, von Erfahrungsberichten und der Zentralisierung des Erarbeiteten im Kreisarchiv bis hin zu Vorträgen, Kursen, Exkursionen und brauchwürdigen Ausstellungen reichen. Auch an Schulungen und gegenseitige Hilfestellung für die in der Heimatforschung tätige Einzelpersonen ist gedacht.

Zu einer ersten Veranstaltung treffen sich die Vereinsmitglieder am 16. November in Altensteig, dort wollen sie sich über die Arbeit des örtlichen Geschichtsvereins informieren. In den nächsten Wochen sollen nun vor allem neue Mitglieder gewonnen werden. Man hofft auf die Beteiligung von Städten und Gemeinden ebenso wie auf den Beitritt des Landkreises, dem ein Teil der Arbeit zugute kommt. Natürlich sind ebenso alle an der Heimatgeschichte interessierten Einzelpersonen willkommen.

Im Rahmen der Gründungsversammlung wurde auch eine Vorstandschaft gewählt und eine Vereinssatzung verabschiedet. Vorsitzender wurde Jürgen Rauser aus Calw, Dr. Klaus Pichler aus Zavelstein

wurde Stellvertreter. Das Amt des Schriftführers übernahm Stadtamtmann Hartmut Wagner aus Bad Liebenzell, Stella Eilfort aus Neubulach wurde als Vereinskassier gewählt. Von den drei möglichen Beisitzerposten wurde nur einer besetzt, um später auch Vertreter aus dem Enztal in der Vorstandschaft aufnehmen zu können. Die Volkskundlerin Marianne Pancratz aus Altensteig ist somit bislang einzige Beisitzerin im neuen Verein.

Der Heimat- und Geschichtsverein Calw bemüht sich nun in den nächsten Wochen um eine Eintragung ins Vereinsregister und um seine Anerkennung als gemeinnützige Organisation. -aö-



HEIMATKUNDLER AUS DEM KREIS CALW trafen sich in der Calwer Volkshochschule zur Gründung einer neuen kreisweiten Organisation. Links im Bild der erste Vorsitzende des Vereins, Kreisarchivar Jürgen Rauser. Foto: -aö-

Grußwort des Kreisarchivars

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum 25jährigen Bestehen des Kreisgeschichtsvereins möchte ich im Namen der Verwaltung des Landkreises Calw und besonders im Namen von Landrat Helmut Riegger ganz herzlich gratulieren. Ich möchte mich bedanken für die über viele Jahre hinweg geleistete ehrenamtliche Arbeit, von der auch der Landkreis Calw und seine Bewohner profitieren.

Im Bezug auf Ihre Arbeit als Kreisgeschichtsverein ist mir folgendes Zitat eingefallen: „Nur, wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“ Ich denke, dass das Kennenlernen und Bekanntmachen von geschichtlichen Vorgängen eines der zentralen Anliegen des Vereins ist. Das geschieht auf vielfältige Weise: Durch die sonntäglichen Exkursionen, die auf ein erfreulich großes Interesse stoßen, durch die Herausgabe der Schriftenreihe „Einst & Heute“ mit historischen Beiträgen aus dem Gebiet des Landkreises, durch die Herausgabe von Büchern (zum Beispiel: Heimatbuch des Landkreises Calw, Die Bäder im Landkreis Calw) und durch Herausgabe der informativen Nachrichtenbriefe.

In unserer schnelllebigen Zeit halte ich den Aufbau und die Pflege einer Erinnerungskultur für nötiger denn je. Geschichte ist ja auch dazu da, dass man aus ihr lernt.

Ohne Zweifel ist das Interesse an der Geschichte in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Neue Museen und Archive sind entstanden, die Zahl der wissenschaftlichen oder populärwissenschaftlichen Publikationen, die Zahl der Fernsehmagazine oder der historischen Romane ist fast unüberschaubar. Die Arbeit des Kreisgeschichtsvereins ermöglicht es, dieses Interesse zu nutzen und zu übertragen auf unsere Nord-schwarzwald-Region, auf den Landkreis, auf einen konkreten Ort, um dann zu fragen:

Wie hat sich denn die große Geschichte ausgewirkt hier im Kleinen? Was ist das Einzigartige an der Geschichte dieses oder jenen Ortes? Wie wirkt sich diese Geschichte aus auf die Gegenwart, auf das Heute, hier und jetzt? Und da sind wir wieder bei dem Zitat, dass die Erinnerung an die Geschichte hilft, die Gegenwart besser zu verstehen. Diese Erinnerungsarbeit ist geprägt von großer Nachhaltigkeit und wirkt über den Tag hinaus. Ohne Übertreibung wird man von einem Mehrwert, von einem Gewinn an Lebensqualität sprechen können für diejenigen, die sich mit Geschichte auseinandersetzen. Ebenso wirkt die Beschäftigung mit der Geschichte identitätsstiftend, sowohl für Menschen, die „schon immer“ an ein und demselben Ort gelebt haben als auch besonders für Neuzugezogene.

Hier möchte ich auch den Denkmalschutz zur Sprache bringen: Der Landkreis Calw ist ja eine reichhaltige Denkmallandschaft mit wunderschönen Burgen, Klöstern, Schlössern, Kirchen und alten Städten. Nur wer diese einzigartigen Denkmale und ihre Geschichte kennt, kann sie erhalten und bewahren.



Als Jubiläumsgeschenk überreicht Kreisarchivar Martin Friß (links) dem KGV-Vorsitzenden eine Kreiskarte mit dem Zuschnitt von 1973, in welche die alten Wasserstuben und Einbindestätten für die Flößerei nach dem Stand von 1895 an Enz und Nagold eingezeichnet sind.

Foto: Steffi Stocker

Ansprechpartner für den Kreisgeschichtsverein innerhalb des Landratsamts sind die Kulturabteilung und das Kreisarchiv. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit zwischen Kreisarchiv und Kreisgeschichtsverein bedanken. Die Schnittmenge der Ziele beider „Institutionen“ ist recht groß. Wir führen auch gemeinsame Veranstaltungen durch (z. B. die Rundfahrt am Tag des offenen Denkmals), und wir haben gemeinsame Projekte (z. B. Erfassung der Kleindenkmale). Dass der Kreisgeschichtsverein sein 25-jähriges Jubiläum im Landratsamt feiert und bewirbt wird, drückt diese Zusammenarbeit und Unterstützung aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Schabert, sehr geehrter Herr Kiefer, ich denke, dass der Kreisgeschichtsverein ein sehr gut aufgestellter

Verein ist, um den man sich keine Sorgen zu machen braucht. Das zeigen auch die steigenden Mitgliederzahlen und das große Interesse an den Veranstaltungen. Das Landratsamt schätzt die Arbeit des Kreisgeschichtsvereins und möchte sie auch in Zukunft unterstützen.

Als Zeichen des Danks für Ihre Arbeit möchte ich die für die Flößerausstellung geschaffene Karte der Wasserstuben und Einbindstätten im Gebiet des Kreises Calw vom Jahr 1895 überreichen.

So bleibt mir noch, dem Wunsch nach einer weiterhin guten Zusammenarbeit Ausdruck zu geben. Für die heutige Festveranstaltung und für die weitere Zukunft des Kreisgeschichtsvereins wünsche ich alles erdenklich Gute.

Tag der Deutschen Einheit – die Voraussetzungen der Wiedervereinigung und ihre Wirkungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Heute vor ganz genau 20 Jahren haben die Landräte der Landkreise Freiberg, Brand-Erbisdorf und Calw die Urkunde zur Begründung einer Kreispartnerschaft unterzeichnet. Sie begründeten diese Kreispartnerschaft, um einen kommunalen Beitrag zum Zusammenwachsen zu leisten und um das gegenseitige Verständnis zu fördern. Deshalb freut es mich sehr, dass der Kreisgeschichtsverein, der ebenfalls am 3. Oktober, allerdings schon vor 25 Jahren, gegründet wurde, seine Jubiläumsveranstaltung der Deutschen Einheit widmet und dass diese Veranstaltung heute im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes stattfindet.

„Tag der Deutschen Einheit – die Voraussetzungen der Wiedervereinigung und ihre Wirkungen“

so steht das Thema meines Vortrags in Ihrem Programm und so ist es auch mit mir vor längerer Zeit abgesprochen. Doch je näher der heutige Tag rückte, desto großspuriger erschien es mir. Denn die Deutsche Einheit hat nicht nur ein paar wenige Voraussetzungen. Ihre Wirkungen dauern noch an und sind historisch noch nicht abschließend zu würdigen. Wenn es einen historischen Vorgang der neueren Geschichte gibt, der mehr als komplex ist, dann ist es nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands.

Diese Vorbemerkung ist mir deswegen wichtig, weil ich mir nicht anmaßen möchte, eine exakte und abschließende Beschreibung oder gar Würdigung vortragen zu können. Ich kann Ihnen ein paar wenige Gedanken ausbreiten, die mir selber für das Verständnis dieses großartigen Vorgangs der Wiedervereinigung wichtig erscheinen, und das will ich jetzt gerne tun. Dabei beziehe ich mich, was die Daten betrifft, hauptsächlich auf Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung, insbesondere auf Manfred Görtemaker: Der Weg zur Einheit.

Zu allererst: die Wiedervereinigung Deutschlands war für die allermeisten von uns, auch für mich und wahrscheinlich auch für Sie, eine völlig überraschende Wendung der deutschen Geschichte. Ich möchte behaupten, dass die allermeisten, vielleicht alle, Helmut Kohl eingeschlossen, nicht mehr daran geglaubt hatten. So hat Kohl in seinem „Bericht zur Lage der Nation“ 1984 noch erklärt: „Wir sind bereit, die Beziehungen zur DDR auf der Basis von Ausgewogenheit, Vertragstreue und Berechenbarkeit und mit dem Ziel praktischer Ergebnisse weiterzuentwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland

und die DDR stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft, beide müssen sich um eine Entschärfung der internationalen Lage bemühen.“

Wir hatten uns de facto mit der deutschen Teilung als dem sichtbarsten Teil der Aufteilung der Welt in zwei große Blöcke arrangiert, abgefunden, ja, beinahe ein bisschen angefreundet. Es hatte ja was: die Welt war im Wesentlichen berechenbar und einigermaßen friedlich, wengleich dieser Frieden auf einem im wahrsten Sinne des Wortes explosiven Abschreckungspotenzial gründete. Nicht nur wir Deutschen, auch die Welt hatte die Wiedervereinigung Deutschlands abgeschrieben.

Die Sowjetunion konnte sie nicht wollen, weil das ihren „Cordon sanitaire“ verkleinert hätte, weil es ihren Status im Kalten Krieg verschlechtert hätte, weil es das militärische Gleichgewicht verändert hätte, und beinahe aus denselben Gründen hatten die USA kein gesteigertes Interesse an einer Wiedervereinigung Deutschlands. Es ist inzwischen bekannt, dass Kennedy bei der Berlinkrise nicht ernsthaft eine kriegerische Konfrontation mit der Sowjetunion in Betracht gezogen hatte.

Der amerikanische Präsident Bush sen. wiederum, der schließlich eine beachtlich offensive Rolle gespielt hat in den Ereignissen der Jahre 1989/90, auch er hat zunächst Bedingungen gestellt wie die Nato-Mitgliedschaft und den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen von deutschem Gebiet, von denen er annehmen musste, dass Gorbatschow und die Sowjetführung sie nicht akzeptieren konnten.

Frankreichs Mitterand war noch 1990 gegen eine Wiedervereinigung, weil sie die führende Rolle Frankreichs in Europa gefährdet hätte, und er hat erst unter dem Eindruck der seiner Meinung nach unaufhaltsamen Entwicklungen in der DDR, aber vor allem auch in der Sowjetunion selber, eingelenkt.

Die Haltung von Margret Thatcher ist uns noch gut geläufig, aber auch sie entsprang nicht einer persönlichen Phobie, sondern dem politischen common sense in Großbritannien.

Die Interessenlage in Europa und der Welt schien so, dass eine Wiedervereinigung nicht mehr auf die Tagesordnung kommen sollte.

In unserer Bundesrepublik hatten wir dennoch bis 1990 ein „Gesamtdeutsches Ministerium“, es hieß tatsächlich so. Dort wurde die deutsche Einheit verwaltet. Ich erinnere mich noch gut an einen Vortrag eines leitenden Beamten dieses Ministeriums, der seinen verblüfften Zuhörern noch im Oktober 1989 ausführlich und allen

Ernstes auseinanderlegte, warum die Wiedervereinigung nicht kommt, schon, weil die Rechtslage insbesondere wegen des Grundlagenvertrags, aber auch die komplizierte Gemengelage der alliierten Interessen und die schwierige innersowjetische Situation Gorbatschows das eigentlich nicht zulassen.

Die DDR-Politik, die bedarf keiner weiteren Vertiefung, wollte die Wiedervereinigung ohnehin zu keinem Zeitpunkt, es sei denn unter sozialistischem Vorzeichen, was freilich eher eine rhetorische Übung war.

Die Politik der Bundesrepublik war ein bisschen komplizierter: zunächst war ja die Wiedervereinigung von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes als Politikauftrag verfassungsrechtlich festgeschrieben. Schon deshalb war eine Position, die ausdrücklich davon Abstand genommen hätte, nicht zu erwarten gewesen, obwohl die Dringlichkeit durchaus unterschiedlich gesehen wurde. Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht 1973 entschieden, dass das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes unverändert Gültigkeit besitze, wenngleich die Verfassungsorgane in der Ausgestaltung des Weges dorthin politisches Ermessen hätten.

In den Anfängen der Bundesrepublik hat die Politik Zeichen gesetzt, die nicht gerade auf dem direkten Weg auf eine Wiedervereinigung hinauszulaufen schienen. Dazu gehört schon die Gründung der Bundesrepublik selbst, die freilich den faktischen Sonderweg der sowjetischen Besatzungsmacht in der Zeit des Kalten Krieges eher nachgezeichnet als bestimmt hat. Aber immerhin war die Gründung eines deutschen Teilstaats nicht gerade ein Symbol für eine Zukunft Deutschlands in nationaler Einheit. Das war auch die Westintegration der jungen Bundesrepublik nicht, und ebenso wenig die Wiederbewaffnung und die Mitgliedschaft im westlichen Verteidigungsbündnis, der NATO. Die Fahne der deutschen Einheit hielt eher die Opposition hoch, wenn überhaupt jemand.

Man war natürlich auch mit anderen, praktischeren Fragen beschäftigt wie dem Wiederaufbau des doch erheblich zerstörten Landes sowie dem dynamischen Aufbau einer florierenden Wirtschaft, die den Abstand der beiden Teile Deutschlands täglich vergrößerte.

Dieser Abstand wurde von den Menschen in der DDR naturgemäß stärker empfunden als von denen im westlichen Deutschland. Zum wirtschaftlichen Abstand kamen hinzu eine immer unerträglichere Beschneidung der Freiheitsrechte und eine diskriminierende Politik gegen bestimmte Teile der Bevölkerung, nicht zuletzt auch gegen die Mitglieder der Kirchen.

Aus diesen Gründen sind bis 1989 4,9 Mio. Einwohner von Ost nach West gegangen, teilweise „legal“ ausgehert, teilweise unter dramatischen Umständen durch die Ostsee schwimmend, in selbstgebastelten Ballons oder von Fluchthelfern durch unterirdische Stollen geschleust.

Die Machthaber in der DDR versuchten, dieses Ausbluten mit allen Mitteln in den Griff zu bekommen. Der spektakulärste und leider auch erfolgreichste war der Bau der Berliner Mauer 1961 und der systematische Ausbau der innerdeutschen Grenze zum sogenannten „Todesstreifen“. 3.000 scharfe Hunde, 55.000 Selbstschussanlagen und etwa 1,3 Mio. Minen hat die DDR-Führung dort gegen ihre eigenen Bürger in Stellung gebracht.

Die dadurch zynischerweise eingetretene Beruhigung stabilisierte die Verhältnisse in der DDR aber nur kurzfristig. Der Grund für die prinzipiell instabile Lage wurde freilich nicht verändert: der aufgeblähte Staats- und Parteiapparat, die Planwirtschaft, das Fehlen von Marktkräften, die miserable Produktivität, die systematische Unterdrückung eines freien und kritischen Geistes und vieles mehr. Dennoch konnte die DDR-Führung in der Welt jetzt offensiver auftreten; sie fokussierte ihre internationalen Bemühungen auf die völkerrechtliche Anerkennung ihrer Staatlichkeit.

Die hermetische Abriegelung brachte jedoch auch neue Fragestellungen mit sich, ganz besonders dringliche hinsichtlich des freien Zugangs nach Westberlin, aber auch solche zu Regelungen für Besuche von Bürgern der Bundesrepublik in der DDR und, natürlich in beschränkterem Umfang, für DDR-Bürgerbesuche in der Bundesrepublik.

Die Transitfragen wurden im Viermächteabkommen von 1971/72 angesprochen und gelöst, während für die bilateralen Verträge zuerst die völkerrechtliche Situation zwischen den beiden deutschen Staaten geregelt werden musste. Dies geschah im „Grundlagenvertrag“ von 1972/73, der die sogenannte „Hallsteindoktrin“ der Adenauer-Ära ablöste und der DDR eine gewisse Souveränität zugestand. „Wandel durch Annäherung“ hieß die Formel der innerdeutschen Politik der Regierung Willy Brandt, deren geistiger Vater der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Egon Bahr war.

Praktisch war der Abschluss des Grundlagenvertrags der diplomatische Durchbruch für die DDR, denn nun war das Ziel der völkerrechtlichen Anerkennung in greifbare Nähe gerückt. Innerhalb eines Jahres haben 68 Staaten die DDR völkerrechtlich anerkannt, die DDR wurde dann auch Mitglied der UNO. Die Bundesrepublik Deutschland unterhielt mit der „Ständigen Vertretung“ in Ostberlin quasi eine Botschaft.

So schwierig das Sich-Einmauern vor Abschluss des Grundlagenvertrags gewesen war, noch schwieriger war die bescheidene Öffnung, denn der Druck aus der Bevölkerung war riesengroß. Vorher, im Jahr 1970, besuchten etwa 2 Millionen Westdeutsche und Westberliner Ostberlin und die DDR, nachher, 1973, waren es mehr als acht Millionen. Die DDR-Führung musste registrieren, dass ihre Bürger sich immer stärker am Westen orientierten, zumal inzwischen durch die Verbreitung des Fernsehens und des Telefons in der DDR

Informationsmöglichkeiten in bisher nicht bekanntem Umfang gegeben waren. Westfernsehen war üblich, außer im „Tal der Ahnungslosen“, wie man das Gebiet zwischen Bautzen und Görlitz bezeichnete, und die Unsumme von 23 Millionen Ferngesprächen mit Westdeutschland im Jahre 1980 war für die durchaus übliche Telefonüberwachung trotz des riesigen MfS nicht mehr wirklich zu kontrollieren.

Deshalb startete die DDR eine Verschärfung des ideologischen Kampfes. Abgesichert wurde dieser ideologische Krieg gegen den Geist des Kapitalismus im Inneren und gegen die imperialistische Bundesrepublik nach außen mit einer gigantischen Aufrüstung des Ministeriums für Staatssicherheit. 1968 war der Etat des MfS bei 5,8 Mrd. DDR-Mark, und 1989 schließlich 22,4 Mrd. 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter und 173.000 IM („Inoffizielle Mitarbeiter“) bespitzelten 1989 ihre Mitbürger und versuchten, freilich nicht ganz erfolgreich, wie das Ende zeigt, ideologische Abweichungen vom sozialistischen Pfad der Tugend zu verhindern.

Diesen riesigen Staatsausgaben, zu denen ja noch die völlig unproduktive Sicherung der Westgrenze und eine überdimensionierte Nationale Volksarmee hinzukamen, standen keine entsprechenden Einnahmemöglichkeiten gegenüber. Die DDR-Wirtschaft war nämlich ganz außerordentlich unproduktiv. So gab es für jeden und jede im erwerbsfähigen Alter eine Beschäftigungsgarantie. Die Beschäftigungsquote war nahezu 100%, die Arbeitslosenquote nahezu 0%. Maßgeblich war nicht, was der Betrieb an Arbeitskraft brauchte, maßgeblich war das regionale Angebot an Arbeitskräften. Innerhalb der Arbeitszeit waren deshalb Besorgungen knapper Güter für den privaten Haushalt durchaus üblich. Die Arbeitsproduktivität war dann auch auf niedrigstem Niveau.

Die Devisenknappheit war permanent groß, weil es einen freien Außenhandel nicht gab, weil die produzierten Güter in die sozialistischen Bruderländer, vorzüglich in die Sowjetunion gingen. Außerdem wären die DDR-Produkte auf dem Weltmarkt wohl selten wettbewerbsfähig gewesen. Preise waren ohnehin politisch und nicht, wie hier, betriebswirtschaftlich fundiert. Kurzum, die Volkswirtschaft der DDR war insolvent, eine Situation, die sich durch die Ereignisse in den achtziger Jahren in Polen, in Ungarn und schließlich auch in der Sowjetunion wegen deren ausfallender Nachfrage noch deutlich verschärfte.

Deswegen nahm die DDR gerne Geld an, auch und gerade vom Klassenfeind im Westen. Franz-Josef Strauß als damaliger bayerischer Ministerpräsident hat 1983 den ersten großen Milliardenkredit für die DDR eingefädelt. Schon vorher gab es Devisentransfers im Zuge des Freikaufs von politischen Gefangenen; insgesamt 31.755 Erwachsene und 2.000 Kinder wurden mit insgesamt 3,44 Mrd. DM diskret ausgelöst und so die klamme Staatskasse der DDR aufge bessert. Die Transit- und Besuchsabkommen wurden der DDR von der Bundesrepublik ebenfalls vergoldet, die westdeutschen Be-

sucher Ostberlins und der DDR mussten DM zwangsweise in Mark der DDR eintauschen.

Diese Finanzspritzen konnten aber die strukturelle Leistungsschwäche der DDR-Volkswirtschaft nicht kompensieren und schon gar nicht beseitigen. Deshalb mussten wir 1989/90 zur Kenntnis nehmen, dass die DDR komplett – nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich – zusammengebrochen war. Die wirtschaftliche Substanz, das Produktivvermögen der DDR, war ganz überwiegend wertlos, weil nicht mehr sanierungsfähig.

Natürlich gab es noch weitere Voraussetzungen für das, was 1989/90 in der DDR passiert ist und was schließlich zur Wiedervereinigung geführt hat. Der wirtschaftliche Bankrott alleine hätte nicht zwangsläufig zu einem vereinten Deutschland geführt.

Da war zum einen die friedliche Revolution 1989 selbst, die die letztlich ohnmächtige Handlungsunfähigkeit des DDR-Regimes sichtbar machte und damit eine wesentliche politische Ursache für dessen Beseitigung setzte. Diese Bilder, die wir immer noch in unseren Köpfen haben, sandten trotz oder eher wegen aller Gewaltlosigkeit eine gewaltige Botschaft an die DDR-Mitbürger, an die Politik der Bundesrepublik, an die ganze Welt: „Wir sind das Volk“ und: „Wir sind ein Volk“. Das Staatsvolk der DDR hat sich selbst befreit, eigentlich ohne direkte Hilfe von außen, aber begünstigt durch die konkreten Umstände. Und sie haben die Wiedervereinigung zum Thema gemacht. Dies wiederum hat dazu geführt, dass dieses Thema auf die Agenda der Bundesrepublik gekommen ist. Es schmälert die enorme politische und erstaunlich reife Leistung der Revolutionäre nicht, wenn wir zugleich feststellen, dass der Untergang der DDR und die Wiedervereinigung darüber hinaus noch viele andere Ursachen haben, wie etwa der wirtschaftliche Niedergang, über den ich vorhin gesprochen habe.

Dazu kam der „Hauch der Weltgeschichte“. Die Entwicklungen in Deutschland waren eingebettet in eine weltweite Periode der Umwälzungen des sowjetisch dominierten Ostblocks. Die erste revolutionäre Entwicklung in der sowjetischen Machtsphäre begann 1980 in Polen mit dem Werftarbeiterstreik in Danzig und der damit verbundenen Gründung der „Solidarnosc“, die mehr war als eine Gewerkschaft. Seit 1982 wurde auch in Ungarn über eine Liberalisierung der kommunistischen Linie öffentlich und offen diskutiert und auch umgesetzt, einschließlich eines einigermaßen freien Wahlrechts. 1985 schließlich wurde Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU. Mit ihm änderte sich die sowjetische Politik. Er wollte eine Öffnung der Sowjetunion (Glasnost) gegenüber dem Westen und gegenüber der Moderne überhaupt erreichen, und zu diesem Zweck begann er eine grundlegende Umgestaltung (Perestroika) von Staat, Partei und Gesellschaft. Gorbatschow erkannte nämlich, dass die Sowjetunion den Herausforderungen einer modernen Industriegesellschaft mit ihren verkrusteten Funktionsstrukturen nicht gewachsen war, und wollte wohl zunächst nicht

mehr und nicht weniger als eine Ertüchtigung der Sowjetunion, keineswegs deren Auflösung.

Für die DDR-Führung, die sich allen Reformrufen zum Trotz als Hort der kommunistischen Orthodoxie verstanden hat und deren Macht nicht zuletzt auch darauf beruhte, dass der große Bruder Sowjetunion 380.000 Soldaten in der DDR stationiert hatte, war die Gorbatschowsche Politik unberechenbar, undurchschaubar und zutiefst beunruhigend.

Bisher konnte die SED-Führung davon ausgehen, dass die „Breschnew-Doktrin“ Demokratiebewegungen von vornherein aussichtslos erscheinen ließ. Die Sowjetarmee hätte, wie 1968 in Prag, mit ihren Panzern jede Reformbewegung im Keim erstickt. Als Gorbatschow aber spätestens 1987 keinen Zweifel mehr daran ließ, dass die Zeiten der begrenzten Souveränität der Ostblockstaaten vorbei sei, dass jede Partei über den Weg ihres Landes autonom entscheiden könne und die Sowjetunion dies akzeptieren werde, da war klar, dass die DDR keinen wirklichen Verbündeten mehr hatte. Diese Erkenntnis führte nicht etwa zu einer Revision der bisher eingenommenen Positionen wie in fast allen Ländern der östlichen Hemisphäre, sondern dazu, dass sich die DDR noch mehr isolierte und abschottete.

Ein groteskes Schlaglicht auf diese Selbstisolierung wirft das Vertriebsverbot für die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ im November 1988. Diese plumpe Maßnahme der Meinungszensur führte zu offenen Protesten vor allem von Studenten und der „Intelligenz“.

Kurzum: die DDR war reif für den Untergang. Die Wende und damit die Gelegenheit zur Herstellung der deutschen Einheit war kein plötzliches Ereignis, sondern das sich lange Zeit bereits abzeichnende Ende der DDR. Die friedliche Revolution, auf die diejenigen, die an ihr teilgenommen haben, zu Recht stolz sein dürfen, war indessen mehr als der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hätte, denn sie war zugleich der Beginn des Neuen.

Der eigentliche Wiedervereinigungsprozess und vor allem sein konkreter historischer Ablauf bedurften freilich zusätzlich der Bereitschaft und der Fähigkeit der bundesdeutschen Politik, die Situation zu erfassen, die darin liegenden Chancen rechtzeitig, aber nicht zu früh, wahrzunehmen und das winzige Zeitfenster, welches zur Verfügung stand, punktgenau zu nutzen. Das war eine politische Meisterleistung, die mit den Namen von Bundeskanzler Helmut Kohl und des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble verbunden sind.

Seit den großen weltpolitischen Umwälzungen der 80er-Jahre, in die die deutsche Wiedervereinigung eingebettet war, ist die Welt ganz offensichtlich sehr viel komplizierter geworden, und, leider, auch sehr viel weniger friedlich: Balkan, Irak, Afghanistan, Kaukasus, um nur einige zu nennen.

Deutschland sucht immer noch seine Rolle in der Weltpolitik, wie sich zuletzt in diesem Jahr eindrucksvoll in der Libyenfrage gezeigt hat. Das wäre uns vor der Wiedervereinigung nicht passiert, denn da hätte uns niemand gefragt, weil jeder Teil Deutschlands, die Bundesrepublik wie die DDR, der Politik seines Blocks hätte folgen müssen. Außenpolitik war eine eher mechanische Angelegenheit in der Zeit des kalten Krieges, die – wie schon einmal gesagt – eigentlich eine friedliche Zeit war.

Deutschland ist durch die Wiedervereinigung größer geworden. Das ist zunächst eine triviale Feststellung, aber es bedeutet auch, dass die Rolle Deutschlands in der Welt eine andere geworden ist. Wir sind stärker als vorher in einer europäischen Führungsrolle, in die – so habe ich jedenfalls den Eindruck – unsere Politik immer noch hineinwachsen muss.

Das tatsächliche Zusammenwachsen ging doch ein bisschen langsamer, als wir uns das vorher vorgestellt haben. Ich selbst war 1990 der Auffassung, dass das Größte in fünf Jahren geschehen sein würde. Da habe ich mich gründlich getäuscht. Die Wirkungen von 40 Jahren Sozialismus, Isolation, Unfreiheit, Bespitzelung, Behinderung und Bevormundung sind doch viel tiefgreifender. 40 Jahre sind in der Geschichte kein langer Zeitabschnitt, aber im Leben eines Menschen sind 40 Jahre eine lange Zeit.

Ich habe mich immer gewundert, wie die Nazis es doch in kurzer Zeit geschafft haben, ein ganzes Volk auf ihren Kurs auszurichten und eine ganze Gesellschaft mit langer und großer kultureller Tradition gewissermaßen umzudrehen. Ich möchte das nicht Vergleichbare natürlich überhaupt nicht miteinander vergleichen, aber vergewöhnlichen wir uns bitte, dass zwischen 1933 und 1945 nur 12 Jahre liegen. Es gab keine Generation, die die Zeit vor der Diktatur nicht noch gekannt hätte. Mit dieser kurzen Zeitspanne als Maßstab wird deutlicher, dass 40 Jahre eine sehr lange Zeit sind. Ich glaube, dass man diese Tatsache unterschätzt hat. Die Generation der 1989 40 und heute 60 Jahre alten Deutschen war vollständig in einem sozialistischen System sozialisiert. Es ist bewundernswert und spricht für die Intelligenz und Anpassungsfähigkeit dieser Menschen, wie gut sie sich in einem völlig anderen, für sie fremden System zurechtgefunden haben.

Um diese Kulturleistung zu würdigen, muss man sich ein paar Dinge vor Augen halten, die nur beispielhaft sind – die Liste ließe sich beinahe beliebig fortsetzen:

- Es gab seit der Kollektivierung in der DDR keine bäuerliche Kultur mehr. Das flache Land war dadurch seiner Identität beraubt, das Leitbild war der Maschinist und nicht der Bauer.
- Es gab so gut wie keinen Mittelstand, es gab keine Kultur der Selbständigkeit. Sehen Sie sich im Landkreis Calw um! Der Mittelstand und das Handwerk sind nicht nur unser wirtschaftliches Gerüst, sondern sie haben unsere Kultur, unser

Denken und Fühlen geprägt wie kaum etwas anderes. Dieses strukturierende Element fehlte in der DDR fast vollständig.

- Es gab keinen Arbeitsmarkt. Der DDR-Bürger war einem volkseigenen Betrieb meist lebenslänglich verbunden, seine berufliche Karriere war vorgezeichnet, sein soziales Umfeld ebenso.
- Es gab das MfS. Die freie, vor allem auch die politische Rede war unbekannt. Aber auch private Gespräche, selbst mit Verwandten, waren von Vorsicht geprägt und haben politische und gesellschaftliche Themen meist ausgegrenzt.

Ein weites Feld, so würde Theodor Fontane sagen, auf dem sich noch viele Beispiele finden ließen.

Damit will ich eigentlich nur sagen, dass wir die Unterschiedlichkeit nicht unterschätzen dürfen. Wir sind hier in einer anderen Welt aufgewachsen als beispielsweise unsere Partner im Landkreis Mittelsachsen. Die systembedingten Unterschiede zwischen Ost und West werden leider noch verstärkt durch eine zwar abnehmende, aber immer noch vorhandene Abwanderung vor allem tüchtiger junger Frauen und durch eine noch niedrigere Geburtenrate im Osten.

Bemerkbar macht sich natürlich immer noch die Ausgangslage: die DDR-Wirtschaft produzierte weniger produktiv und mit überwiegend maroden Mitteln. Zwar ist in den neuen Ländern das Produktivitätsniveau seit der Wende enorm angestiegen: betrug es 1990 weniger als die Hälfte des Westniveaus, so ist es heute deutlich über 80% und wächst weiter. Dennoch ist heute noch deutlich spürbar, dass das produzierende Gewerbe nach 1990 dramatisch abgenommen hat, seitdem nur noch etwa 40% der vormals dort Beschäftigten ihren Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe behalten konnten. Seit 1999 steigt dieser Anteil wieder etwas an, ist aber immer noch bei weniger als 50%.

Schneller als der wirtschaftliche Aufschwung gelang der Aufbau staatlicher und kommunaler Strukturen, wenngleich auch dort mehr als fünf Jahre nötig waren.

Die „neuen“ Bundesländer, die mit 21 Jahren so neu ja nun auch nicht mehr sind – die alten waren gerade um die 40 Jahre alt, als wir zusammengekommen sind – sind nach meiner Beobachtung gut aufgestellt. In der Politik waren sie schnell eine Bereicherung, auch dank einiger sehr interessanter und tüchtiger Persönlichkeiten, ob aus dem Westen oder aus dem Osten.

Aber auch im administrativen Bereich ist nach meiner Wahrnehmung der Unterschied nicht mehr spezifisch. Anfangs war, das natürlich anders. Das begann schon damit, dass es in der DDR keine ausgebildeten Juristen

gab, die beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Verwaltung und vor allem natürlich beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Rechtsprechung hätten behilflich sein können. Die klassischen Verwaltungsberufe waren unbekannt. Fachwissen war deswegen natürlich Mangelware, mit der wir anfangs gerne ausgeholfen haben. Ebenso war die Ausstattung der neuen Behörden unglaublich dürftig. So brachten wir dem Landratsamt Freiberg Anfang 1990 ein Faxgerät und ein Funktelefon mit, weil dort keines vorhanden war. Inzwischen ist das Landratsamt Mittelsachsen in Freiberg wahrscheinlich moderner ausgerüstet als das unsrige.

So wichtig die Aufbauhilfe, vor allem die fachliche, in den ersten Jahren auch war, so entbehrlich ist sie inzwischen in ihrer ursprünglichen Form. Heute dominiert der fruchtbare, immer interessante und nützliche Erfahrungsaustausch „auf Augenhöhe“.

Was freilich noch wichtiger ist, ist der Informations-, Wissens- und Erfahrungsaustausch über die Verwaltungen hinaus. Viele Irrtümer über unsere Landsleute im Osten lösen sich in Luft auf, wenn man das Objekt seines Vorurteils von Angesicht zu Angesicht sieht und mit ihm direkt kommuniziert. Das ist dann auch die Chance zu lernen, dass es doch Unterschiede gibt. Immerhin machen die Badener seit hundert Jahren Witze über uns, warum sollten wir nicht auch zur Kenntnis nehmen dürfen, dass die Sachsen uns in vielem sehr ähnlich, in manchem aber doch verschieden sind?

Unsere Kreispartnerschaft mit dem Landkreis Freiberg, heute mit Mittelsachsen, bestand ihre Bewährungsprobe während und nach dem verheerenden Augusthochwasser 2002. Damals waren unsere Feuerwehren in Flöha und anderswo im Landkreis Freiberg im Katastropheneinsatz, und die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Calw haben über 260.000 € gesammelt und sie als Soforthilfe den Katastrophengeschädigten zur Verfügung gestellt. Und wenn Landrat Uhlig von unserem Partnerkreis sagt, dass die Menschen im sächsischen Partnerkreis auch uns zur Seite stehen würden, wenn wir ihre Hilfe brauchen, dann bin ich mir sicher, dass er nicht zu viel verspricht. Dies ist doch ein wunderschönes Zeichen dafür, dass „deutsche Einheit“ inzwischen etwas sehr Konkretes geworden ist.

Dass wir inzwischen seit Ende 2009 eine Partnerschaft mit dem polnischen Partnerkreis unseres sächsischen Partnerkreises haben, mit dem Landkreis Gleiwitz, das hat für mich etwas Symbolisches und Wegweisendes. Dieses europäische Dreieck zeigt mir, dass der kalte Krieg beendet ist und dass wir eine neue, konstruktive Rolle im Zusammenwachsen Europas einnehmen können. Hätten wir uns das vor der geglückten Wiedervereinigung vorstellen können?

Aufbauhilfe Ost aus und in den Kommunen

Mit der Wiedervereinigung und der Neubildung der Bundesländer in der früheren DDR hat sich das Land Baden-Württemberg bereit erklärt, dem neuen Bundesland „Freistaat Sachsen“ beim Neuaufbau einer demokratischen, auf dem föderalistischen Staatssystem beruhenden Verwaltung behilflich zu sein. Dazu wurden Verwaltungsbeamte, aber auch Richter und Staatsanwälte, in der Regel für eine beschränkte Zeit, zum Freistaat Sachsen abgeordnet.

Mindestens genau so wichtig – ich möchte sagen, von noch grundsätzlicherer Bedeutung – war auch der Neuaufbau einer kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern – so etwas gab es ja in der früheren DDR nicht.

Die kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg – der Gemeindetag, der Landkreistag und der Städtetag – erklärten ihre Bereitschaft, hier zu helfen. Eine gute Voraussetzung war, dass das Land Sachsen seine neue Gemeindeordnung sehr eng an die baden-württembergische anlehnte oder diese sogar in weiten Bereichen wortgleich übernahm.

Auf der Ebene des Gemeindetags – aber für Landkreistag und Städtetag gilt im Grunde dasselbe – wurde die Hilfe in verschiedene unterschiedliche Tätigkeiten aufgliedert und organisiert.

Zum einen hat die Geschäftsstelle des Gemeindetags in Stuttgart intensiv mitgeholfen, den sächsischen Gemeindetag und seine Geschäftsstelle organisatorisch auf die Beine zu stellen.

Zum andern wurde vereinbart, dass die einzelnen Kreisverbände des Gemeindetags Baden-Württemberg Verbindung aufnehmen mit je einem Kreisverband in Sachsen. So kam bei uns im Landkreis Calw der Kontakt mit dem Kreisverband Döbeln des Sächsischen Gemeindetags zustande. Ziel war zunächst das gegenseitige Kennenlernen der Bürgermeister und der Austausch von Erfahrungen – aber im Einzelfall auch die konkrete Beratung und Hilfe bei der Bewältigung einzelner Aufgaben durch die Bürgermeister selbst oder durch Bedienstete der Gemeinden aus dem Kreis Calw.

Unser damaliger Kreisvorsitzender, der leider schon verstorbene Bürgermeister Eberhard Seewald aus Wildberg, organisierte zunächst eine gemeinsame Fahrt der Bürgermeister aus dem Kreis Calw in den Kreis Döbeln, welcher bald darauf auch der Gegenbesuch folgte. Nach dem ersten Kennenlernen wurde vereinbart, dass die Kontakte zwischen einzelnen Bürgermeistern

bzw. deren Gemeinden fortgesetzt und vertieft werden. Dies kam auch sehr rasch zustande – allerdings dann auch mit unterschiedlicher Intensität. Der größere Teil der Bürgermeister aus dem Kreis Döbeln war neu in dieses Amt gekommen, meist fachfremd und ohne Verwaltungserfahrung. Diese Kollegen waren in der Regel auch sehr wissensdurstig, voller Fragen und dann dankbar für Hinweise, Tipps und auch konkrete Ratschläge zu Einzelfragen.

Es gab aber durchaus auch einige frühere Bürgermeister aus den Zeiten der DDR, die bei den ersten freien Wahlen nach der Wende von ihren Bürgern wiedergewählt wurden. Bei diesen standen in der Regel nicht Fragen nach den Aufgaben oder dem Arbeitsablauf, sondern rechtliche Fragen – das Gemeinderecht hatte sich ja vollkommen geändert – im Vordergrund.

In der Rückschau kann ich sagen: die Kollegen aus Sachsen haben sich sehr schnell in ihre neuen Aufgaben eingearbeitet und Sicherheit und Erfahrung gewonnen. Dadurch wurden vielfach die Kontakte in den Kreis Calw wieder seltener oder rissen ganz ab. Man darf natürlich auch die relativ große Entfernung zwischen Calw und Döbeln nicht unterschätzen. Und auch in Sachsen gab es in der Folge eine Gemeindereform, bei der manche kleine Gemeinde in einer größeren aufging und die Verbindung damit zum Erliegen kam. Andererseits gibt es aber auch heute noch persönliche Verbindungen, die jetzt mehr als 21 Jahre gehalten haben.

Etwas unbefriedigend fand ich, dass sich Gemeindetag und Landkreistag bei uns nicht besser abgestimmt hatten. So kam es, dass auf Gemeindeebene der Kreis Calw mit dem Kreis Döbeln kooperierte, auf Landkreisebene aber der Kreis Calw mit dem Kreis Freiberg. Daraus ist ja erfreulicherweise später die Partnerschaft entstanden.

Für mich persönlich ergab sich daraus die Situation, dass mich unser damaliger Landrat Dr. Zerr eines Tages dringend bat, mich mit Bürgermeister Steiner aus Halsbrücke bei Freiberg in Verbindung zu setzen. Dieser war Mitglied des Kreistags in Freiberg und hatte Dr. Zerr bei dessen Besuch in Freiberg angesprochen. Er suchte Rat und Unterstützung durch einen Kollegen aus Baden-Württemberg hauptsächlich in einigen kommunalen Finanz- und Planungsfragen. Ich ließ mich in die Pflicht nehmen und bin zweimal nach Halsbrücke gefahren. Kollege Steiner war auch einmal bei uns in Neubulach zum Gegenbesuch. Es war eine – auch persönlich – sehr erfreuliche Verbindung, die jedoch leider auch wieder abbrach, als Herr Steiner sein Amt als Bürgermeister von

Halsbrücke aufgab, nachdem er bei der nächsten Landtagswahl in den Landtag von Sachsen gewählt wurde.

Ein anderer Teil der Aufbauhilfe Ost durch den Gemeindetag Baden-Württemberg war, dass dieser nach der ersten Gemeinderatswahl nach der Wende Wochenendseminare in Sachsen für neu gewählte Gemeinderäte veranstaltete und erfahrene Bürgermeister und Fachbeamte – wie z.B. Kämmerer oder Bauamtsleiter – aus seinen Mitgliedsgemeinden bat, diese Seminare durchzuführen.

So bin ich Anfang Juli 1990 – wenige Tage nach der Währungsumstellung – an einem Freitagnachmittag mit meinem leider ebenfalls schon verstorbenen Kollegen Ulrich Rommel aus Altensteig gen Osten nach Bischofswerda gefahren. Es war teilweise eine abenteuerliche Fahrt; die Autobahn war vielfach nur zweispurig, zum großen Teil noch gepflastert und immer wieder unterbrochen, weil z.B. Brücken noch nicht wieder aufgebaut waren.

So war es relativ spät und schon dunkel, als wir im Barockschloss Rammenau bei Bischofswerda ankamen, wo wir nach der Mitteilung des Gemeindetags übernachten sollten. Nach längerem Klopfen kam aus einem Nebengebäude, in dem eine Gastwirtschaft untergebracht war, die jedoch schon geschlossen hatte, ein Mann heraus, öffnete das Schlossgebäude und zeigte uns unser Zimmer. Wir waren die einzigen Gäste in einem Haus, das von seiner Größe her gut und gern 80 bis 100 Personen hätte unterbringen können. Trotz des Hochsommers lief die Heizung – vermutlich wegen des Warmwassers –, und die Heizkörper ließen sich nicht abdrehen.

Wir haben trotzdem die beiden Nächte überstanden und am Samstagvor- und Nachmittag sowie am Sonntagvormittag unsere Seminare – hauptsächlich über Gemeinderecht, Gemeindegewirtschaftsrecht, Bau- und Planungsrecht – im Kreishaus in Bischofswerda durchgeführt und sind dann am Sonntagmittag wieder Richtung Heimat gefahren. In Erinnerung ist mir immer noch das große Interesse der neu gewählten Gemeinderäte – sowohl von der Teilnehmerzahl her als auch von ihren Fragen.

Noch eine kleine Bemerkung am Rande: Uli Rommel und ich sind am Samstagmorgen relativ früh aufgestanden, um rechtzeitig in Bischofswerda zu sein – es waren ca. 4 bis 5 km zu fahren – und das Kreishaus, in dem das Seminar statt fand, zu finden. Das ging jedoch recht zügig und wir hatten noch einige Zeit, um uns den Marktplatz von Bischofswerda anzusehen. Dort war Wochenmarkt und wir blieben an einigen Ständen stehen, um uns das Angebot anzuschauen. Was uns besonders auffiel, war die Unsicherheit sowohl bei den Verkäufern als auch bei den Kunden über die neuen Geldscheine und Münzen. Es war vermutlich der erste Wochenmarkt in Bischofswerda nach der Einführung der D-Mark.

Ein letzter, mir bekannter Teil der kommunalen Aufbauhilfe Ost war, dass der Gemeindetag Baden-Württemberg pensionierte Bürgermeister und auch andere Kommunalbeamte suchte, die bereit waren, für eine längere Zeit – eben nicht nur tageweise – nach Sachsen zu gehen, um dort die kommunale Verwaltung mit aufzubauen. Darüber wird jedoch sicher gleich anschließend mein Kollege Ulrich Maier einiges berichten.

Ein echter "Wossi" berichtet

So, meine Damen und Herren, steht es im Programm. Es gibt mir den guten Einstieg, Schlagworte zu beleuchten, die in der Regel Verallgemeinerungen sind, erzeugt durch oberflächliche Betrachtungen.

Wossi, die Zusammenfassung von Wessi und Ossi, die, je nachdem, wer sie gebraucht, eine bestimmte Assoziation hervorruft.

Wessi aus der Sicht des Ossis

Ein Mensch, der aus dem Westen kommt, also aus dem Gebiet des Klassenfeindes, zu dem so mancher Verwandte und Bekannte schon hinüber gemacht hat. Ein Kapitalist, der also reich sein muss. Einer, der immer wieder Päckchen schickt und vom dem man die begehrte D-Mark haben kann, die im Osten manche Türen öffnet. Es ist einer, der etwas überheblich auftritt und meint, alles besser zu wissen.

Ossi aus der Sicht des Wessis

Die armen Schwestern und Brüder aus der sowjetisch besetzten Zone, bei denen Mangelwirtschaft herrscht, und die deshalb regelmäßig mit Paketen und Zuwendungen unterstützt werden und von denen man dann zu Weihnachten als kleines Dankeschön einen Dresdner Stollen geschickt bekommt.

Man erlebt die DDR als Polizeistaat, in dem man bei Übertritt von Berlin-West nach -Ost im Detail gefilzt wird, bei dem man aufpassen muss, was man sagt und im Reisegepäck keinesfalls gewöhnliche Zeitschriften oder Zeitungen haben darf. Bei denen kollektives Handeln das privatwirtschaftliche Handeln ersetzt hat und daher das Eigentum vergesellschaftet ist.

Das sind oder waren die Klischees von jeder Seite.

Wenn ich nun nachfolgend einige Ost-West-Verhältnisse darlege, tue ich es ausschließlich aus kommunaler Sicht, also aus der Frosch-Perspektive, und ich tue es als württembergischer gehobener Verwaltungsbeamter mit einschlägiger Erfahrung in der kommunalen Selbstverwaltung und dem Lobbyismus für dieselbe und für die Waldbesitzer auf Landes- und Bundesebene.

Wie war nun die Situation der Gemeinden, vor allem der kleineren Gemeinden in der DDR?

Vorweg 2 statistische Zahlen.

1991 gab es 1.579 Gemeinden und Städte in 54 Stadt- und Landkreisen,
2011 gibt es noch 470 Gemeinden und Städte in 13 Stadt- und Landkreisen.

Die kommunale Selbstverwaltung war dadurch geprägt, dass man durch möglichst gute Beziehungen und dramatische Darstellungen zu Beginn des Jahres eine möglichst hohe Zuweisung vom Rat des Kreises erhielt und damit über eine Einnahme-Ausgabebuchhaltung die notwendigen Aufgaben bestritt. Am Schluss des Jahres wurde abgerechnet, war Geld übrig, floss es zurück an den Rat des Kreises. Gab es ein Defizit, wurde es, wenn man Glück hatte, vom Rat des Kreises oder des Bezirkes ausgeglichen, oder es wurde auf die neue Zuweisung des Folgejahres angerechnet. Offensichtlich war aber das Geld nicht das eigentliche Problem. Als ich dieser Tage einen Bürgermeister fragte, der auch schon während der DDR-Zeiten in dieser Gemeinde Bürgermeister war, wie seine Alltagsarbeit in der DDR-Zeit ausgesehen habe, bekam ich zur Antwort: „Man kann es ganz verkürzt ausdrücken – montags bis donnerstags war ich unterwegs, um Baustoffe und Material zu „organisieren“, damit ich diese freitags bis sonntags mit der Feuerwehr oder dem Freiwilligeneinsatz zur Unterhaltung von Straßen, Kindergärten und Schulen verbauen konnte. Wer es fertig brachte, das meiste zu organisieren und den Jahresetat genau auszuschöpfen, der war der beste Bürgermeister.“

Das öffentliche Leben in einer Kommune wurde auch sehr stark durch die Betriebe oder die LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften) geprägt. Ganze Kulturhäuser und Gaststätten waren Betriebs-eigentum, und in vielen Orten war nicht maßgebend, was vom Rathaus kam, sondern zentrale Figur war der LPG-Vorsitzende oder Betriebsdirektor.

Wie sah die Situation für den Bürger aus?

Für mich war anfangs überraschend, dass nicht alles sozialisiert war, sondern dass es sehr wohl auch Privateigentum gab und selbstständige Handwerker. Die Hauseigentümer haben schlecht und recht entsprechend des organisierbaren Materials ihr Hauseigentum instand gehalten. Jeder hatte eine Arbeit und stand mehr oder weniger im Lohn. Selbst die Landwirte, deren Eigentum in die Bewirtschaftung der LPGs eingegliedert wurde, waren auch arbeitsmäßig in der LPG untergebracht und konnten zu Hause eine Kleintierhaltung betreiben (für die das Futter in der Regel von der LPG mitgenommen wurde). Für die Eier, Hühner, Gänse und Schweine waren feste Abnahmepreise gesichert, die teilweise über denen lagen, die nachher im HO-Laden oder im Konsum bezahlt werden mussten. Es galt: „Ab freitagnachmittags um eens macht jeder seens“

Die Mieten lagen unter 1 Ostmark/m², und sie enthielten auch Heizung, Wasser und Abwasser. Auf den Trabbi oder Wartburg musste man zwar 15 bis 20 Jahre warten.

Wenn er kam, war er aber bezahlt.

Man konnte sich einrichten in der DDR, wenn man wusste, wie der Laden läuft und wenn man seinen Gedanken nicht freien Lauf ließ, und man konnte sich damit abfinden, dass es im Grunde dreierlei Leute gab:

1. die ganz normalen DDR-Bürger, die auf sich selbst gestellt waren,
2. Leute mit Westverwandtschaft und
3. privilegierte Liniengetreue.

Ich habe jetzt bewusst die Schichten ausgeschlossen, die offen oder versteckt opponiert haben und die letztendlich die Wende herbeigeführt haben. Man muss bedenken, dass dies höchstens 10 bis 15 % der Gesamtbevölkerung war.

Und jetzt kam die Wende

Alles wird anders, das Gewesene zählt nicht mehr, aber man wird auch überschwemmt von den neuen Segnungen. Die Wiesen am Ortsrand wurden zu Gebrauchtwagenverkaufsbörsen, und die westlichen Handelsketten haben mit großen Festzelten in den größeren Orten die Supermärkte aufgebaut. Auf den Wochenmärkten wurden lastwagenweise Bananen verramscht. In den Baumärkten war alles zu haben, was der Heimwerker brauchte. Die Versandhäuser kamen ins Haus mit verführerischen Angeboten und Ratenzahlungen. Die Mieten stiegen, auch Heizung, Wasser und Abwasser wurden als Nebenkosten abgerechnet. Arbeitsplätze fielen weg. Eine schleichende Verschuldung, die vorher nicht denkbar war, nahm ihren Lauf. Die Ratenzahlungen für Auto, Kleidung, Einrichtungsgegenstände liefen weiter – die verlockenden Angebote nahmen zu.

Außerhalb der direkten Wahrnehmungsphase des Bürgers:

Die Verwaltungsorganisation ordnete sich neu. Die Prinzipien des Rechtsstaates fingen an zu greifen. Die Kommunalverfassung der Modrow-Regierung vom 17. Mai 1990 haben den Kommunen vor allem die Aufgaben der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung verbindlich zugewiesen, die vorher von der WAB (Wasser-Abwasser-Betrieb) erledigt wurden.

Die kommunale Selbstverwaltung wurde neu begriffen. In kleineren Gemeinden wurde jede Gemeinderats-sitzung zur Bürgerversammlung. Fördergelder aus Brüssel und Bonn flossen in Massen. Und es war so, wie es nicht unüblich ist, dass die Wahrnehmung der kommunalen Daseinsfürsorge schneller war als der Gesetzgeber.

Alles, was mit Zuschüssen bedacht wurde, musste schnell in Angriff genommen werden – man könnte ja zu spät kommen. Eines war beim Run auf die Gelder jedoch verhältnismäßig schnell klar: die reinen Beziehungen allein sind nicht mehr ausreichend. Die Förderrichtlinien (aus dem Westen übertragen, der die

konkrete Situation schon 30 Jahre lang überstanden hatte), mussten eingehalten werden. Ordentlich, wie die Westbürokraten waren und sind: Voraussetzung für die Förderung war u.a. die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes, an dem alle anderen Planungen auszurichten waren. Da dazu bei den Kommunen kein Geld vorhanden war, wurden sie mit 100% bezuschusst.

Das war die große Zeit der Architektur- und Ingenieurbüros (die HOAI vergütet die Flächennutzungspläne nach der Größe der beplanten Fläche). Den Bürgermeistern und Gemeinderäten wurde beigebracht, dass der Flächennutzungsplan die mutmaßliche Entwicklung für die nächsten 10 bis 15 Jahre enthalten sollte. Und wer wollte sich in der Aufbruchstimmung nicht alles entwickeln. Zögerlichen Gemütern wurde, z.B. im Umkreis von 50 km von Leipzig, beigebracht, dass sich eine Messestadt wie Leipzig enorm entwickeln würde, was wiederum Auswirkungen auf den Speckgürtel um Leipzig hätte und man darauf vorbereitet sein müsste. Entsprechende Lehrfahrten in den Großraum Stuttgart, der nicht einmal mit dem Großstadtbereich der „Weltmessestadt Leipzig“ vergleichbar sei, wurden durchgeführt.

Wichtig für die Einnahmesituation der Gemeinde sei vor allem das Gewerbesteueraufkommen. Es sei deshalb unbedingt erforderlich, vor allen im Einzugsgebiet von Autobahnen, weitreichende Gewerbegebiete auszuweisen. Und so entstanden herrliche Flächennutzungspläne in den bunten Farben der Planzeichenverordnung, die von den Bürgermeistern stolz an der Wand hinter ihrem Schreibtischstuhl aufgehängt wurden. Es begann der Kampf um die Investoren, denen alles abgenommen wurde, was sie vorgaben. Um die notwendigen Bebauungspläne mussten sich die Gemeinden nicht kümmern. Es kam die große Zeit der „Vorhaben- und Erschließungspläne“. Sie wurden im Entwurf von den Investoren gebracht und wurden freudig beschlossen und unterzeichnet, wenn der Investor auch gleich noch einen Rechtsanwalt mitgebracht hat – denn dort, wo ein Rechtsanwalt tätig ist, muss es ja mit rechten Dingen zugehen.

Für die Planung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen in Zugangsstraßen, Kanal und Wasser waren die Kommunen selbst zuständig, und sie merkten bald, dass dies die eigene Verwaltungskraft übersteigt. Also wurden mit Nachdruck Zweckverbände gegründet, noch bevor die notwendigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen waren. Die Kommunalverfassung der Modrow-Regierung hat nur die Möglichkeit der Bildung solcher Verbände erwähnt, aber nicht geregelt, wie sie zu bilden und zu führen sind. Also griff man zurück auf das Reichs-Zweckverbandsgesetz vom 09.06.1939, nachdem kluge Juristen festgestellt haben, dass das Gesetz für das gesamte Reich galt und im Bereich der früheren DDR nie durch ein Nachfolgegesetz außer Kraft gesetzt worden war. Die Entwurfsplanungen für Rohrleitungen, Kanäle und Kläranlagen wurden mit schneller Hand von erfahrenen Ingenieurbüros nach westlichem Vorbild und nach den Erwartungen der Flächennutzungspläne

durchgezogen und Kostenberechnungen aufgestellt. Leute, die mit Zuschussanträgen umgehen konnten, haben diese umgesetzt und zum Regierungspräsidium getragen. Dieses hatte die vorhandenen Fördermaßnahmen zu bewilligen und wollte, wie gewohnt, auf keinen Fall die nicht benötigten Fördermittel zurückgeben müssen. Deshalb ist es schon vorgekommen, dass, wenn die in wenigen Wochen zusammengeschusterten Planungsunterlagen mit einem ordentlich formulierten und aussehenden Zuschussantrag im August eingereicht wurden, der Bürgermeister Anfang Oktober einen Anruf vom Regierungspräsidium bekommen hat, er möge bitte erscheinen, bewaffnet mit seinem Dienstsiegel und seinem Berater oder Ingenieurbüro. Es wurden dann dort in einer Stunde die Auszahlungsanträge mit der Versicherung, innerhalb eines halben Jahres die Verwendungsnachweise nachzureichen, fertig gemacht. Keine zwei Wochen später waren dann Millionenbeträge auf dem Girokonto der Gemeinde oder des Verbandes. Und wenn es ordentlich zuging und die Beratung sauber war, sind die Mittel dann von dort sofort auf ein Festgeldkonto abgewandert. Es soll auch Fälle gegeben haben, wo dann mit dem Fördergeld für Kanäle Straßen gebaut wurden. Für den Kanal war nachher das Geld fort.

Diese mehr oder weniger aufgedrungene Großzügigkeit hat dieselbe Behörde jedoch nicht gehindert, Jahre später, wenn der endgültige Verwendungsnachweis vorgelegt wurde, auf den Punkt genau von den Empfängern Zinsen zu verlangen für vorzeitig in Anspruch genommene Fördermittel.

Spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem die Fördermittel für die Bauvorhaben aufgebraucht waren, wickelte sich sehr schnell die Realität der Aufbruchstimmung. Man musste einsehen, dass Investitionen gut und notwendig sind, dass aber auch bei 90% Zuschuss eben 10% Eigenmittel erforderlich sind. Ferner musste eingesehen werden, dass die Investition der Beginn eines Betriebes ist. Der Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen kommen aber hinterher, wozu ebenfalls Geld gebraucht wird. Also kam man um die Notwendigkeit der Beitrags- und Gebührenerhebung nicht herum. Lagen bei den Investitionen die Berührungspunkte mit dem einzelnen Bürger bei zahlreichen Grundstücksverhandlungen, so wurde die Beziehung mit der Gebühren- und Beitragserhebung zu jedem Grundstückseigentümer äußerst intensiv. Die Notwendigkeit einer Kalkulation und der Inhalt derselben waren schon in den einzelnen Beschlussgremien nur schwer zu vermitteln. Bürgerversammlungen über diese Fragen, die da meist durchgeführt wurden, arteten teilweise in tumultartige Szenen aus. Erschwerend kam hinzu, dass dem Vortragenden bereits beim ersten Satz deutlich anzuhören war, dass er nicht „von uns“ ist, sondern ein „Wessi“, der gekommen ist, uns abzuzocken. Es ist in der Tat schwer, jemandem beizubringen, was der Unterschied zwischen einer Gebühr und einem Beitrag ist und warum die Höhe des Beitrags sich nicht am Abwasseranfall ausrichtet, sondern an der Grundstücksgröße.

Als dann die ersten Bescheide verschickt und ggf. beigetrieben wurden, kamen mit ca. zwei Jahren Verspätung so langsam auch die Verwaltungsgerichte in die Gänge. Mit dem ersten Urteil wurde bekannt, dass die Satzung, auf Grund derer die Gebühren und Beiträge erhoben wurden, nichtig sei. Nun aber nicht deshalb, weil es nicht zulässig war, Gebühren und Beiträge zu erheben, sondern weil festgestellt wurde, dass der Zweckverband auf der Grundlage des Reichszweckverbandsgesetzes nicht ordnungsgemäß gegründet war und somit nicht Bestand hatte. Ein nicht vorhandener Zweckverband kann aber keine Satzung erlassen. So ist diese Satzung nichtig und alles, was darauf fußt, ebenfalls. Nun kommt die typische obrigkeitstypische Ossi-Reaktion, die dieses Urteil nicht im Einzelfall betrachtet, sondern zum Anlass nimmt, sämtliche Satzungen, Zweckverbandsgründungen und Globalberechnungen aufsichtsrechtlich überprüfen zu lassen. Beauftragt hierzu wurde für ganz Sachsen ein Rechtsanwaltsbüro aus Baden-Württemberg, das festgestellt hat, dass mit einer Ausnahme alle Satzungen nicht den notwendigen Anforderungen standhalten. Also wurden sämtliche Satzungen nach den Angaben dieses Rechtsanwaltsbüros umgebaut und erneut verabschiedet, teilweise nach einer Neugründung des Verbandes. Die Bürgerinitiativen bekamen Oberwasser, und die Verbände waren landesweit unverschämte rechtswidrige Abzocker.

Mit diesem Thema könnte man ein abendfüllendes Programm gestalten. Zur Abrundung nur noch die Mitteilung, dass die Verwaltungsgerichtsurteile auch so langsam beim Ober-Verwaltungsgericht ankamen. Beim ersten einschlägigen Urteil hat sich herausgestellt, dass dieses Gericht eine andere Rechtsauffassung hatte als das mit der Überarbeitung aller Satzungen beauftragte Rechtsanwaltsbüro.

Sie können sich nun ausmalen, was danach in Gang gesetzt wurde. Wenden wir uns aber nun abschließend der Frage zu:

Wen trifft die Gebühren- und Beitragserhebung und in welcher Situation?

Es trifft schwerpunktmäßig die Grundstücksbesitzer, die schon vorher, zu DDR-Zeiten, gegenüber den Mietern die Vorzüge nicht genossen haben, sondern mit viel Mühe ihre Häuschen unterhalten mussten. Nachdem es nach der Wende alle Baustoffe in Massen und zu erträglichen Preisen zu haben gab, wurden die meisten Häuser grundlegend saniert vom Dach bis in den Keller. Man hat hierzu auch von der Möglichkeit der Kreditaufnahme Gebrauch gemacht – und nun kommen die Verbände und wollen auch noch einen Beitrag in vier- bis fünfstelliger Höhe, je nach Größe des Grundstücks, haben. Aber auch die Mieter, die früher gewohnt waren, ihr Bier am laufenden Wasserhahn zu kühlen, wurden bei Umlage der Gebühren über die Mietnebenkosten mit den Gebühren voll getroffen.

Dieser Wendezwiespalt musste und muss noch verkraftet werden. Ist es da nicht verwunderlich, dass das Jammern laut wurde?

Wenn ich am Wochenende wieder in den Schwarzwald kam, wurde ich öfter gefragt: „Wie sieht es denn aus da drüben – wie lange müssen wir die denn noch verhalten?“ Wenn ich montags dann wieder in Sachsen landete, war ich wieder mittendrin in der vorher geschilderten Situation.

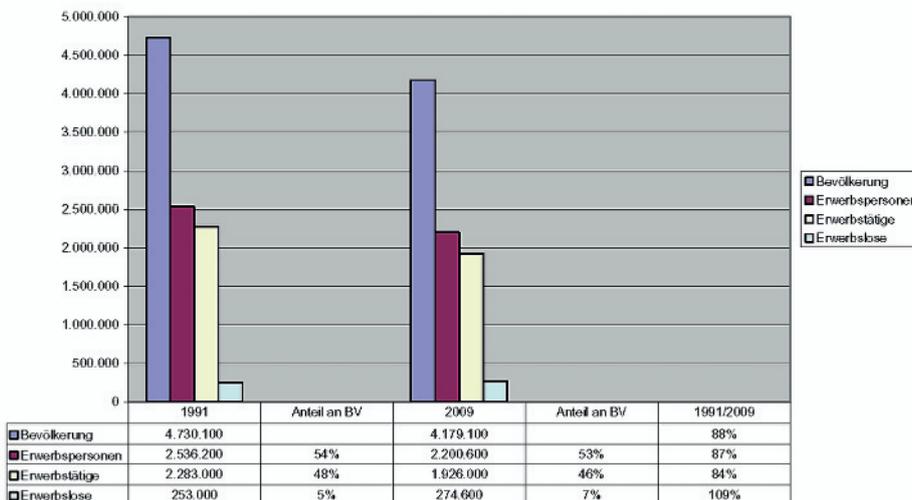
Ich glaube, gerade in einem Geschichtsverein ist man sich bewusst, dass man die Gegenwart und auch die Äußerungen der Gegenwärtigen nur dann richtig verstehen kann, wenn man versucht, sie aus ihrer Geschichte heraus zu verstehen. Man weiß in einem Geschichtsverein auch, dass man Geschichte nicht nur

aus dem Bauch heraus verstehen kann, sondern dass aufmerksames und emotionsloses Nachforschen hilfreich sein kann.

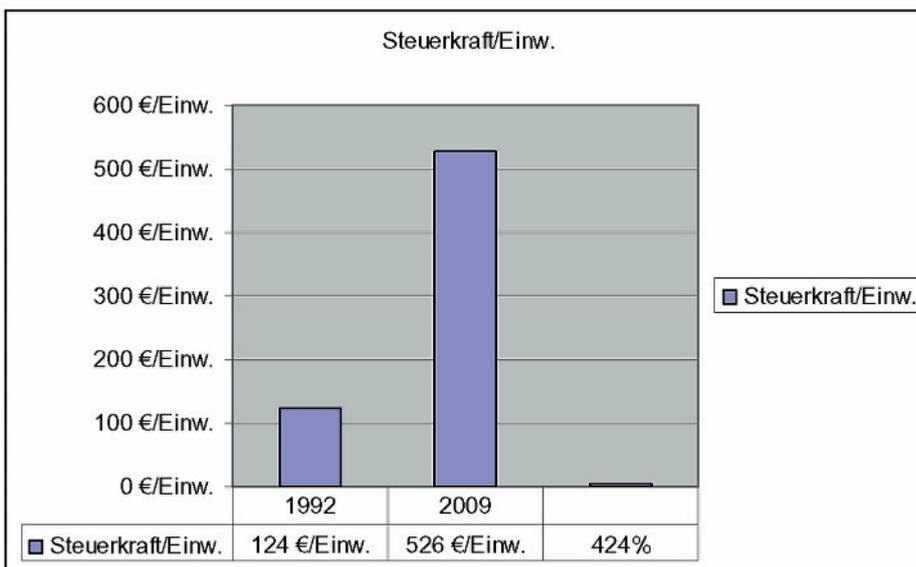
Genauso ist es beim Verständnis zwischen Ossi und Wessi. Man muss bereit sein, sich in die einzelnen Situationen der Betroffenen hineinzudenken, und man muss bereit sein, Klischee-Vorstellungen abzubauen. Dann merkt man, dass auch im Westen nicht alles Gold ist, was glänzt, und dass im Osten jeder Einzelne enorme Leistungen auf sich nehmen muss. Man bekommt hüben und drüben nichts geschenkt.

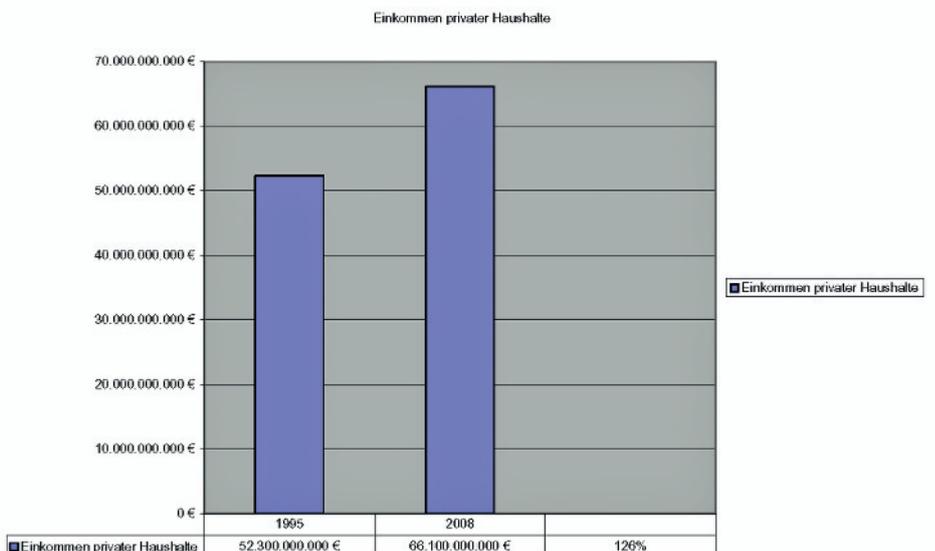
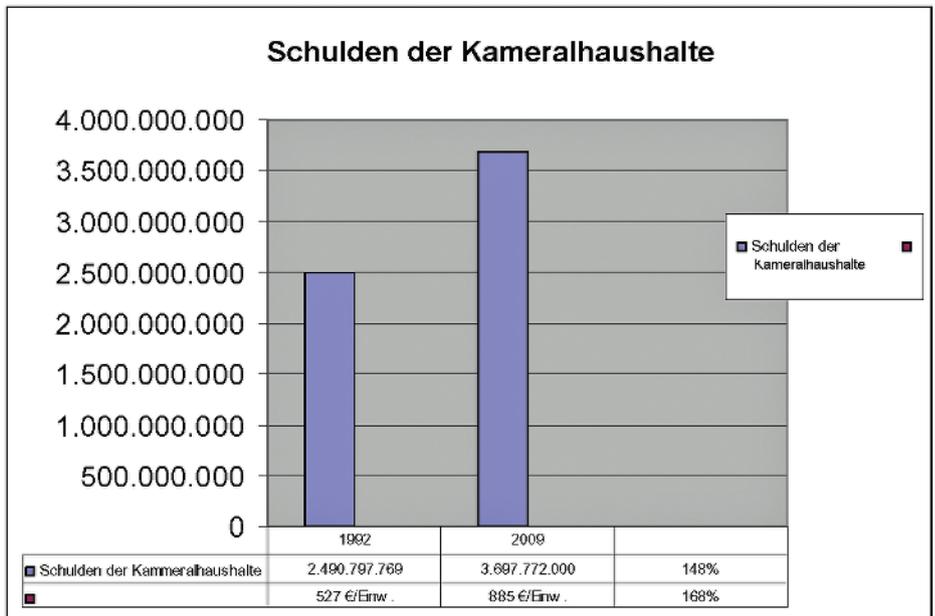
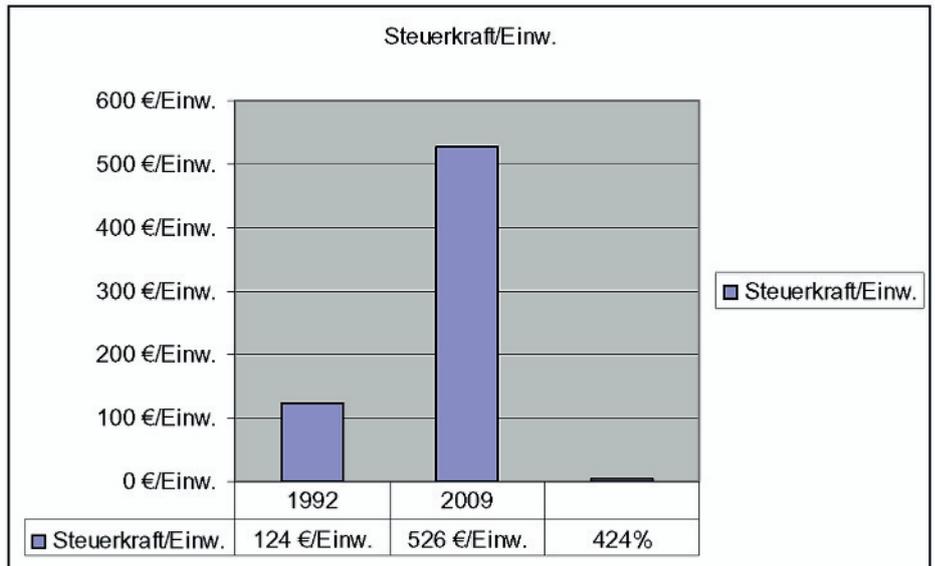
Als Ausschnittsdokumentation für das, was in 20 Jahren geleistet wurde, noch einige statistische Werte, die sich auf das Land Sachsen beschränken:

Bevölkerungsentwicklung

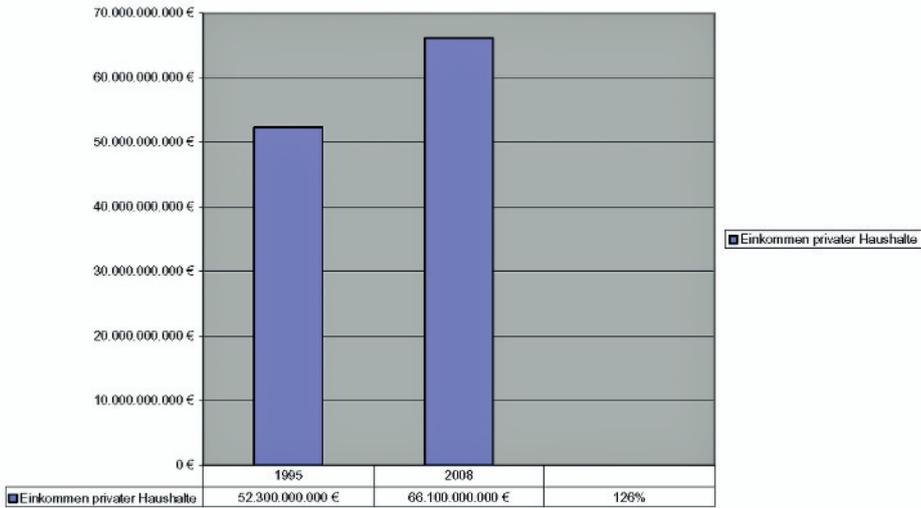


Steuerkraft/Einw.

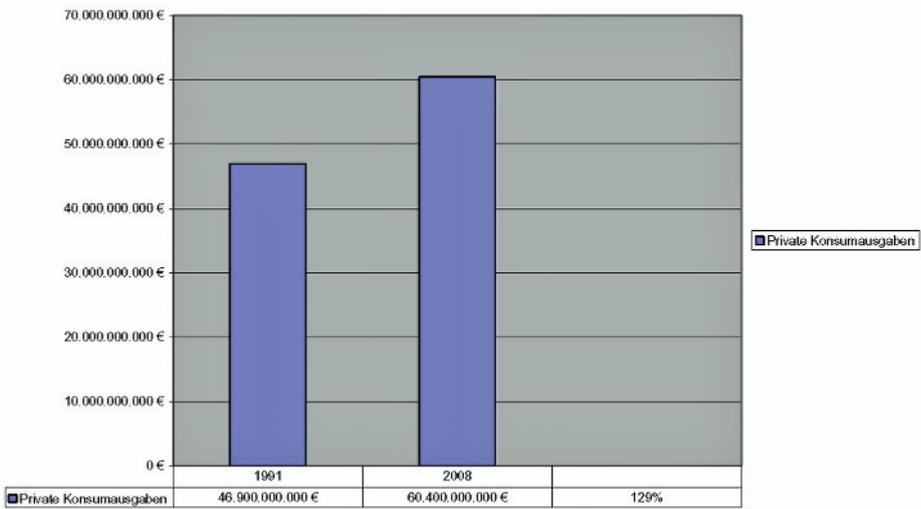




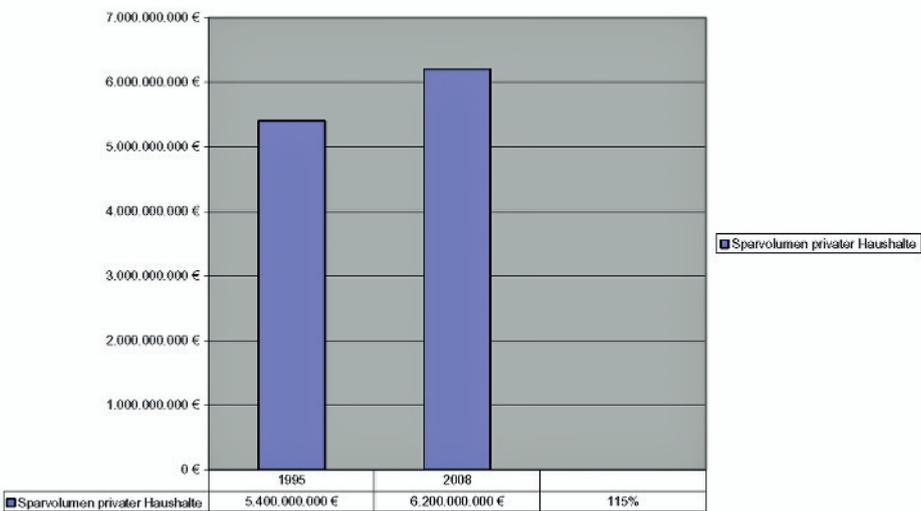
Einkommen privater Haushalte



Private Konsumausgaben



Sparvolumen privater Haushalte



Frühes Engagement und Unternehmenserfolg in den neuen Ländern

Ich hatte mich 1979 als junger Ingenieur in die Selbstständigkeit gewagt und hatte im Jahr 1990, als der Umbruch der DDR in vollem Gange war, eine gut gehende Firma in Nagold und habe regen Anteil an den Ereignissen genommen, die uns damals täglich per Fernsehen überspielt wurden.

Nun kam am 16.08.1990 ein Brief wie aus einer anderen Welt, mit einer alten Schreibmaschine geschrieben, mit der Frage, ob wir uns vorstellen könnten, aus DDR-Auerbach/Erzgebirge 9162 Drehteile zu kaufen.

Die Realität war bei uns ganz konkret angekommen.

Ich schaute auf einer Karte nach, wo denn nun dieses Auerbach/Erzgebirge liegt und habe dann geantwortet, dass wir Interesse an Drehteilen hätten und dass ich mir auch eine Beteiligung in ihrem Betrieb vorstellen könnte.

Es war etwas Neues, wieder etwas Neues nach der zehn Jahre vorher erfolgten Gründung meiner Firma, es war ein wenig eine Chance, es noch einmal zu versuchen.

Die DDR existierte noch. Der erste Auftrag datierte vom 01.10.1990, also zwei Tage vor der Wiedervereinigung. Die erste Fahrt nach drüben war ein Erlebnis. Die letzte Tankstelle vor der „Grenze“ war Bayreuth, dann gab es erst wieder in Zwickau Benzin. Die Fahrt von Nagold dorthin dauerte zehn Stunden für 485 km. Auf dem Lande gab es keine Hotels. Die großen Firmen hatten Gästehäuser, so dass ich die erste Zeit in diversen Privatquartieren untergebracht war. Hier gab es dann abends lange Gespräche: jeder wollte ja den anderen kennen lernen.

In Erinnerung geblieben ist mir ein Schild an einer Gaststätte „Zutritt für jedermann“ – auch das war etwas, was ich nicht kannte, wie so vieles Andere auch. Beim Essen wurde in D-Mark bezahlt, das Rausgeld gab's in DDR-Geld, das ich dann entweder als Trinkgeld gab oder meinen Mitarbeitern schenkte.

Mit der Sprache bin ich dort aufgefallen, aber noch mehr Schwierigkeiten hatte ich natürlich mit dem Verstehen der Sachsen.

So bin ich als reicher, Mercedes fahrender Wessi dort bestaunt worden und habe dann versucht, nicht arrogant oder besser wissend zu sein, sondern mich als lernfähiger Mensch aufzuführen.

Nun war ja diese Treuhandgeschichte noch nicht entwickelt – also was macht jemand, der 1990 in der

gerade vereinigten Ex-DDR einen Betrieb aufmachen will?

Die Firma, die mir da das Angebot gemacht hat, war eine Sache, die nur auf dem Papier existierte. Das waren auch Existenzgründer oder wollten es werden.

Wir haben nun mit dieser „Pseudofirma“ einen Deal gemacht: diese mietete von einem Kombinat den Maschinensaal, kaufte treuhänderisch für die EBB Automaten und hat sie dann gleich wieder an EBB zum selben Preis verkauft. Dann haben wir diese Maschinen wieder vermietet und beschlossen, diese Pseudofirma zum 31.12.1990 aufzulösen.

Wie gesagt war es nicht einfach, drüben nun eine Firma zu gründen, besonders wenn man keine Adresse hat und kein Firmengebäude und keinen Wohnsitz.

Ich hatte dann meinen heutigen Geschäftsführer zum 31.10.1990 bei EBB angestellt, dieser bekam einen VW Passat und war der König vom Erzgebirge. Er fuhr herum und hat dann Gebäude und Fabriken besichtigt, die für unsere Belange in Frage kommen sollten. Aus dieser Zeit stammt ja auch der Name EIKKO (Ehrmann Industrie Keller Karsch Ost), drei Gesellschafter, ich 51 %, die beiden anderen jeweils den Rest.

Am 06.12.1990 haben wir dann die Firma bei einem Notar in Ludwigsburg gegründet, Adresse Nagold.

Wir sind dann mit dem Gebäude fündig geworden und haben im Dezember 1990 die von uns gekauften Maschinen dort hin geschafft, Schreibtische und andere



Erste Fertigungsstätte

Foto: Ehrmann



In diesem Gebäude wurde 1991 die Fertigung aufgenommen.
Foto: Ehrmann

Utensilien von Nagold, und haben am 01. Januar 1991 begonnen, Drehteile zu fertigen. Wir hatten von dem Kombinat 11 Mitarbeiter übernommen mit den guten Wünschen des „Noch“-Werkdirektors, alle diese Leute auf Kurzarbeit 0 zu stellen und dann anschließend zu entlassen. Drei dieser Arbeiter haben wir dann aus der Kurzarbeit 0 in ein festes Arbeitsverhältnis gebracht.

1991 war ein kalter Winter. Wir hatten eine Heizung mit Brikett, vor der Wende war es Usus, dass in jedem Betrieb jeweils mindestens zwei Heizer pro Schicht beschäftigt waren und jeweils dreischichtig gearbeitet wurde. Da hätten wir also damals schon die ersten sechs Leute gut beschäftigen können.

Die ganze Situation hat mich sehr an meine Kindheit Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre erinnert. Speziell das Plumpsklo, das in diesem kalten Winter nicht zum längeren Verweilen eingeladen hat.

Im April 1991 wurde dann die Firma offiziell von Nagold nach Hormersdorf verlegt, wir machten damals monatlich schon einen Umsatz von 70.000 D-Mark. In diesem Jahr betrug der Umsatz 750.000 D-Mark, und wir sollten Gewerbesteuer zahlen, obwohl noch gar kein Hebesatz feststand. Wir haben dann eine à-conto-Zahlung geleistet, der Bürgermeister war sehr glücklich.

Wir hatten dann Platzprobleme und hatten von einem Kombinat den Kampfmittelraum gemietet. Dieser war abgeschlossen, und zum Teil waren die Waffen noch vorhanden. Ich sagte, sie könnten sie da lassen, das haben sie dann aber doch nicht gemacht.

Sachsen machte mir Spaß. Man sah jedes Mal, dass sich etwas bewegte, dass es aufwärts ging.

Die blühenden Landschaften von Ex-Bundeskanzler Kohl waren zwar noch nicht da, aber die ersten Pensionen haben eröffnet. Die Gastronomie kam ins Laufen, und ich als Wessi bestellte schon selbstverständlich „Vorsuppe“.

Im Januar 1994 hatte ich die gesamten Anteile der Firma übernommen, kaufte ein 5.000 qm großes Grundstück in der Nachbargemeinde und fing dort an, eine moderne Fabrik für Dreh- und Frästeile zu bauen. Wie immer, war ich viel zu früh dran: die Zuschüsse der sächsischen Aufbaubank waren damals noch nicht zu bekommen. Das Einzige, was war, war eine Sonderabschreibung Ost. Deswegen hat dann die EBB gebaut, denn diese Firma war natürlich in der Lage, hohe Abschreibungen zu tätigen, weil sie auch ordentlich Geld verdient hat. Anders wäre dies nicht gegangen. So haben wir Schwaben nun eine Immobilie in Sachsen.

Die Unterstützung der Gemeinde, des Landratsamtes etc. war außerordentlich gut und ist es heute noch. Diese Unterstützung würde ich mir von den hiesigen Behörden auch wünschen, aber nach den Erfahrungen in diesem und im letzten Jahr wird das wohl Wunschdenken bleiben.

1998 haben wir dann auf der Hannover Messe ausgestellt. Dort besuchte uns auch der Wirtschaftsminister Kajo Schommer von der CDU, zusammen mit dem Landrat Hertwig. Der Wirtschaftsminister fragte mich, was mein Rezept ist, dass es bei uns so gut wie keine Probleme geben würde, während viele andere westdeutsche Betriebe und ostdeutsche Existenzgründer scheitern würden. Ich habe ihm damals gesagt, dass ich diese ostdeutsche Firma so hege und pflege, wie ich dies mit meiner Hauptfirma zu Hause machen würde und die Sache nicht aus schnellem Profit heraus betreibe. Darüber bin ich natürlich oft belächelt worden, überhaupt in den neuen Bundesländern irgendetwas zu fertigen, da die Menschen dort, pauschal gesagt, ja doch alle ein ganzes Stück fauler sind als hier im Westen.

Solche Vorurteile gibt es ja heute noch, nicht nur in Bezug auf die neuen Bundesländer.

Wir haben nun am 06.12.2010 unser 20-jähriges Firmenjubiläum in Sachsen gefeiert, haben in diesen 20 Jahren 18 Lehrlinge ausgebildet, einem davon haben wir die Meisterschule bezahlt – er ist jetzt bei uns als Meister tätig. Wir haben eine Menge neuer Maschinen gekauft, beschäftigen derzeit 32 Mitarbeiter, fertigen dort im 2-Schicht-Betrieb, teilweise im 3-Schicht-Betrieb, ma-



Karte zum 20-jährigen Firmenjubiläum

chen einen Umsatz in diesem Jahr von über 3 Mio. Euro und haben eine Eigenkapitalquote von 68%.

Ich habe 1990 in Goldgräberstimmung dort begonnen und habe an keinem Tag in diesen 20 Jahren bereut, dieses Engagement eingegangen zu sein.

Zwischenzeitlich verstehe ich auch den sächsischen Dialekt einigermaßen, zum Beispiel, wo die Hasen Hosen heesen und die Hosen Husen.

Die Unterscheidung von Wessi und Ossi ist in unserer Firma nicht mehr vorhanden, und ich bin dankbar, dass diese Wiedervereinigung der beiden Staaten stattgefunden hat, denn ich persönlich habe daraus eine Menge Erfahrung und Freude geschöpft.



Das neue Firmengebäude der EIKKO in Burghardtsdorf

Foto: Ehrmann

Der einstigen DDR-Patengemeinde verbunden

Wie wir wissen, hatte zur Zeit der deutschen Teilung jede evangelische Landeskirche in Westdeutschland die Patenschaft für eine Landeskirche im Osten Deutschlands übernommen. Die Verbindung hielt auch noch, als die gesamtdeutsche Klammer der EKD 1968 unter dem Druck der SED zerbrach.

Im Württemberg fragten wir uns anfänglich, mittels welchen Würfelspiels wir mit der Thüringer Landeskirche zusammen gekommen waren. Denn historisch gab es keine Verbindung zwischen unseren Ländern – wie etwa zwischen Thüringen und Kurhessen.

Was also verbindet uns? Außer, dass die Thüringer seit 1782 unserem Friedrich Schiller in Meiningen, Jena und Weimar Asyl gewährt hatten – aufgrund seines Konfliktes mit Herzog Karl Eugen II.

Offenbar brauchten wir dieses „Würfelspiel“, um zu erfahren, dass eine vertrauensvolle, tiefgründende Partnerschaft über die Grenze des Eisernen Vorhangs hinweg möglich ist. Jetzt haben wir diese gemeinsame Geschichte, die wir zuvor vermissten.

Seit Mitte der 80er Jahre sprachen wir von Partnerschaft anstatt von Patenschaft. Das taten wir deswegen, weil wir uns auf gleicher Ebene begegnen wollten.

1986 reiste ich zum ersten Mal in unsere Partnergemeinde Weida/Kreis Gera. Ich fand herzlichste und freundlichste Aufnahme in den Häusern und Familien der Freunde dort, besonders bei meinem Kollegen Pfr. Gottfried Elsässer und seiner Familie. Ich gehörte dazu wie der erwachsene Sohn. Diese Freundschaft hat bis zum heutigen Tag gehalten.

Es ging uns – kurz gesagt – darum, unser persönliches Verhältnis wie auch die Beziehung zwischen unseren Gemeinden auf Augenhöhe zu gestalten wie in einer Partnerschaft und mit der Verbindlichkeit einer Patenschaft.

Was wir – die Heumadener Kirchengemeinderäte und die Weidaer Gemeindekirchenräte – nicht vergessen

werden, solange unsere Erinnerung funktioniert: unser Besuch in Weida im Oktober 1989. Während der heißen Phase der Revolution wagten wir diesen Besuch. Die polizeiliche Genehmigung hatten wir – zu meinem Erstaunen – erhalten.

Mulmig war's uns schon! Wir konnten nicht einmal die Ereignisse der drei folgenden Tage vorausberechnen. Würden wir überhaupt zurückkommen?

In Weida bemerkten wir nichts von einem Ausnahmezustand. Der Tag nach unserer Ankunft, ein Samstag, endete mit einer gemeinsamen KGR-Sitzung, anschließend Abendessen und gemütliches Beisammensitzen im Gemeinderaum. Um Mitternacht versammelten wir uns, Heumadener und Weidaer, im Chor der Franziskanerkirche, schlossen den Kreis, beteten um Gottes Segen für eine gewaltlose und friedliche Revolution und sangen:

*Verleih uns Frieden gnädiglich,
Herr Gott, zu unsern Zeiten!
Es ist doch ja kein anderer nicht,
der für uns könnte streiten,
denn du, unser Gott, alleine.*

Das war's, was in diesem Moment wir tun konnten. Und es ist bestimmt nicht zu viel gesagt: es war unsere Wiedervereinigung im Kleinen.

Am folgenden Tag saßen 80 Leute im Gottesdienst, wo es sonst 8 waren. Für meine Einreisegenehmigung hatte ich einen Preis bezahlt, der mir aber erst bei der Anmeldung auf der Polizei genannt wurde: Ich hatte öffentliches Redeverbot. Auf Drängen der Weidaer Freunde predigte ich dann doch.

Wir kamen wieder heim. Erstaunlicherweise wurden wir an der Grenze fast durchgewunken – anders als bei der Einreise zwei Tage zuvor.

Drei Wochen später trauten wir vor den Fernsehern unseren Augen und Ohren nicht: Die Mauer war endlich gefallen!

Hirsau und Thalbürgel: gemeinsame Klostergeschichte als Bindeglied vor und nach dem Mauerfall

Wenn ich hier meine Gedanken zu Hintergründen und Erfahrungen im Zusammenhang der deutsch-deutschen Wiedervereinigung aus katholischer Sicht darlegen soll, die den Kreis Calw und seinen am 3. Oktober 1986 gegründeten Kreisgeschichtsverein tangieren, kann, ja muss ich mich ausschließlich der Achse Hirsau-Thalbürgel widmen. Neben der Partnerschaft des evangelischen Kirchenbezirks Calw mit dem ebenfalls in Thüringen gelegenen Dekanat Weida dürfte sie maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Wiedervereinigung und die Umstände, die zu dieser führten, von nicht wenigen Menschen im Kreis Calw ganz besonders wahrgenommen und begleitet wurden.

Erlauben Sie, dass ich Sie in die Geschichte dieser Beziehungen mit einer ganz persönlich gefärbten Szene einführe, die sich am 24. November 1989, also zwei Wochen nach dem Fall der Mauer, ereignete. Meine Frau und ich saßen an diesem Freitagabend gegen 20 Uhr in unserer Wohnung in Monakam beim Abendessen, als es plötzlich an der Wohnungstür läutete. Als wir diese öffneten, glaubten wir unseren Augen nicht zu trauen, standen doch unsere Freunde aus Thalbürgel bei Jena vor uns, Christine und Dietmar Tonndorf mit ihren damals 5 und 8 Jahre alten Söhnen Paul und Matthias. Sie erklärten uns ungläubig Staunenden, dass sie sich persönlich davon hätten überzeugen wollen, dass die Mauer und die Grenzanlagen tatsächlich gefallen und die Reisefreiheit auch für Menschen im bisher anderen Teil Deutschlands Realität geworden seien. Deshalb hatten sie sich am Vormittag in ihrem Trabi auf den Weg in den Nordschwarzwald, vor allem nach Hirsau, gemacht.

Die vier hatten die Reise viel besser überstanden als ihr Fahrzeug, das völlig heiß gelaufen und rauchend in unserem Hof stand, weil seine Zündkontakte durch die ungewohnt lange Reise völlig verrostet und verklebt waren. Ganz zu schweigen, dass die vier nicht nur ziemlich verfroren ankamen und sich auf den letzten Kilometern kaum noch halten konnten – ganz nach dem Trabi-Witz, der bald darauf auch im Westen die Runde machen sollte: Warum werden immer mehr Trabis in „Citroen“ umgetauft? Ganz einfach, weil's vorne zieht und hinten droehnt!

Nun, der Misstand konnte am nächsten Morgen auf ganz unkonventionelle Weise behoben werden, indem ich den Trabi zur damaligen Autowerkstatt Schöttle nach Hirsau schleppte. Dort gab es die zweite nette deutsch-deutsche Begegnung dieses Wochenendes, denn Herr Schöttle, sonst eher brummig und nicht so spontan freundlich,

war hoch erfreut, endlich wieder einmal einen Trabi zu sehen, und erzählte, dass er in den 50er Jahren noch Autorennen auf der Rennstrecke bei Schleiz gefahren sei. In liebevoller Handarbeit feilte er die Zündkontakte frei, an neue war ja am Daimler-dominierten Schwarzwaldrand nicht zu denken, so dass unsere Besucher am Tag darauf wieder problemlos die Heimreise antreten konnten.

Welche Schritte, Ereignisse, ja kleine Wunder waren dieser denkwürdigen Wiedervereinigungs- bzw. Mauerfall-Begegnung im Schatten des Klosters Hirsaus vorausgegangen?

Dazu möchte ich mit Ihnen zunächst einen kurzen Blick in die Geschichte des Klosters Hirsau und seiner unzähligen Klostergründungen werfen: Um das Jahr 1103 beschließt Pauline, Nichte des Bischofs Werner von Merseburg und Tochter des Truchsessen Moricho, der einige Jahre zuvor als Mönch in das Kloster Hirsau eingetreten war, im thüringischen Längwitzgau östlich von Ilmenau ein Doppelkloster zu gründen. Mit seinem Bau wird einige Jahre später begonnen, und es wird nach seiner adeligen Gründerin Paulinzella genannt. Diese stirbt leider bereits 1107 auf einer Reise nach Hirsau im ebenfalls hirsauischen Kloster Münsterschwarzach und wird bei der feierlichen Weihe der Klosterkirche Paulinzellas im Jahr 1124 dort bestattet. Selbstverständlich kamen die Gründungsmönche und die ersten beiden Äbte, Gerung und Udalrich, aus dem Hirsauer Mutterkloster.

18 Jahre nach der Weihe Paulinzellas, im Jahr 1142, begannen dessen Mönche im etwa 50 Kilometer entfernten, etwas östlich von Jena gelegenen Bürgel mit dem Bau eines Klosters, das nach der im Tympanon sichtbaren Jahreszahl schließlich im Jahre 1199 fertig gestellt wurde und dessen dreischiffige Kirche noch heute bis zur Vierung fast original erhalten ist. Vermutlich haben einige unter Ihnen dieses eindrucksvolle Bauwerk in lieblicher Landschaft schon besucht, den anderen sei eine Reise nach Thüringen und damit in die früheste Hirsauer Geschichte dringend ans Herz gelegt.

Von dieser Beziehung zwischen Hirsau und Bürgel wusste auch der damalige Pfarrer der Katholischen Kirchengemeinde Bad Liebenzell-Hirsau, Karl Müller, den ich an dieser Stelle ins Spiel bringe. Er war der Gemeinde von 1973 bis 1985 nicht nur ein offener, spirituell vielseitiger und äußerst umtriebiger Seelsorger, sondern auch stets



Ruine der Klosterkirche Paulinzella

Foto: Peter Schlang

bestrebt, den Blick nach außen zu richten, Beziehungen zu knüpfen und die historischen Wurzeln der Gemeinde und ihrer beiden wichtigsten Orte, Bad Liebenzell und vor allem Hirsau, transparent zu machen und den Menschen des 20. Jahrhunderts nahe zu bringen und zu erschließen.

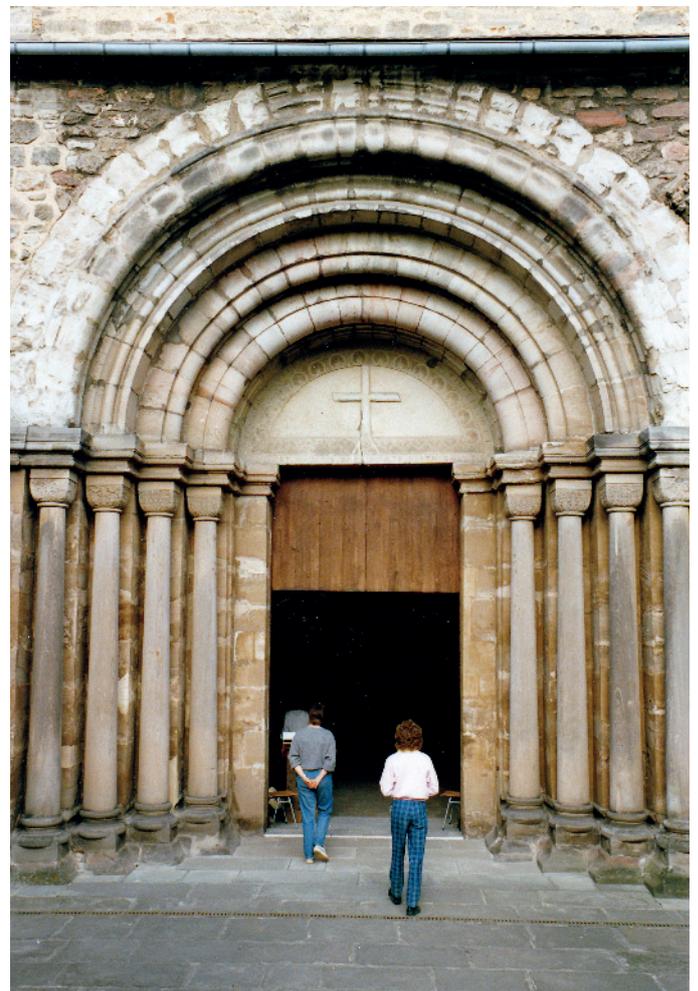
Aus diesem Antrieb hat er nicht nur die Chance zufälliger Kontakte dazu genutzt, die heutige Städtepartnerschaft zwischen Villaines La Juhel und Bad Liebenzell anzubahnen, sondern hat sich schon zu einer Zeit auf die „Spuren des Klosters Hirsau“ gemacht, als noch niemand an den Verein „Freunde Kloster Hirsau“ zu denken wagte, der diese Aufgabe heute dankenswerterweise weiterführt und sich ganz der Pflege des Hirsauer Erbes verschrieben hat.

Unter Pfarrer Müller gab es nicht nur Reisen an Orte Hirsauer Gründung, die ganz in der Nähe lagen wie Klosterreichenbach und Zwiefalten, sondern u. a. auch Fahrten zum Petersberg bei Dachau, nach Schaffhausen und Beinwil in der Schweiz oder in die elsässische Hirsauer Gründung Alspach bei Colmar, wo er überall auf Spurensuche und -sicherung ging. Ich erinnere mich außerdem, schon 1982 mit einer kleinen Gruppe unter der Leitung Karl Müllers beim Bürgermeister in Cluny vorstellig geworden zu sein, um die Möglichkeit engerer

Kontakte zwischen Calw bzw. Hirsau und dem berühmten Ort in Burgund zu sondieren.

Eines Tages machte uns Pfarrer Müller mit Frau Irmelin Heller aus Jena bekannt, deren Schwester er aus seiner früheren Pfarrei Murrhardt im Welzheimer Wald kannte. Über sie hatte er herausbekommen, dass jene Frau Heller enge Beziehungen zur ehemaligen Klosterkirche Thalbürgel in der Gemeinde Bürgel bei Jena hatte, von der wir anfangs annahmen, sie sei eine direkte Hirsauer Gründung. Mit Hilfe der beiden Schwestern wurde irgendwann im Jahr 1983 der Kontakt zu Pfarrer Rudolf Wolfram in Bürgel hergestellt, zu dessen Kirchengemeinde die damals und heute als Sommerkirche genutzte Thalbürgeler Klosterkirche gehört. Dieser Kontakt zu ihm sollte sich in der Folgezeit als Glücksgriff erweisen, denn Pfarrer Wolfram erwies sich nicht nur als ein ausgewiesener Fachmann für die Thalbürgeler und auch die Hirsauer Klostergeschichte, sondern offenbarte sich auch als ausgezeichnete Strippenzieher und Kommunikator, wie sie die kirchlichen Nischen der DDR nicht selten hervorbrachten.

Wie die Kommunikation damals tatsächlich erfolgte und wie lange es dauerte, bis es zur entscheidenden persönlichen Kontaktaufnahme kam, vermag ich mich heute nicht mehr zu erinnern. Auf jeden Fall hielt Irmelin Heller



Portal der Klosterkirche Thalbürgel

Foto: Peter Schlang

im Frühsommer 1984 in Hirsau, ich meine im evangelischen Gemeindehaus, einen viel beachteten Vortrag zum Thema „Hirsauer Spuren in Thüringen“, der 1987 in Band 5 des Jahrbuches des Landkreises Calw veröffentlicht wurde und dort nachzulesen ist. Dieser Vortrag und die damit mögliche Begegnung mit Frau Heller bildete auch den Kern der Vorbereitung auf die Reise einer kleinen Gruppe der katholischen Kirchengemeinde (Bad Liebenzell-)Hirsau, die sich im August 1984 auf den Weg nach Thüringen machte – fünf Jahre vor der späteren Wende, auf die damals nichts, aber auch gar nichts hindeutete. Zu diesem Quartett gehörte neben dem Hauptspurensucher Karl Müller Frau Johanna Haas, die in der Katechese der Gemeinde tätig war, und dem Ihnen allen bestens bekannten Dr. Hermann Wulzinger auch ich. Die Tatsache, dass die Nachnamen der Hälfte unserer Westreise-Gruppe mit Tieren in Verbindung zu bringen war, hat übrigens mit dazu beigetragen, dass das Eis zwischen den sich völlig unbekanntem Menschen sehr schnell brach. Und noch heute, wie jüngst bei einem Wiedersehen, weist das Ehepaar Wolfram, inzwischen längst im Ruhestand lebend, auf den witzigen Umstand hin, dass nicht nur ein Pfarrer und ein heimatsforschender Neurologe den Weg aus Hirsau ins damals doppelt ferne Thüringen gefunden hatten, sondern auch ein Langohr und ein Reptil...

Bis zum Fall der Mauer, der dann einen ungehinderten Austausch und freie Begegnungen zwischen dem auf dem Gebiet des Hirsauer Mutterklosters im Westen und den in und mit seiner Enkelgründung weiter nordöstlich lebenden Menschen ermöglichte, sollten noch etliche Jahre vergehen, in denen viel Post hin- und herging, die aus West-Richtung nicht nur historisches Hirsau-Material, sondern auch aktuelle Druckerzeugnisse anderer Prägung und zahlreiche Medikamente enthielt. Und so erinnere ich mich noch gut an die Zeilen auf einer der Karten Pfarrer Wolframs an mich, die den Respekt ausdrückenden Satz enthielten: „Der Inhalt Ihrer letzten Sendung war ein Husarenstück“. Auf welche Art von Literatur sich dieser Dank genau bezog, kann ich nicht mehr sagen, aber ich gebe zu, dass wir damals z. T. auch recht unbefangen und frech zu Werke gingen und nicht nur kirchengeschichtliche Werke nach Bürgel schickten...

Sehr präsent sind mir auch noch die vielen persönlichen Kontakte, die diesem ersten im August 1984 in Thalbürgel und Bürgel folgten, zunächst nur als unsere Reisen auf die andere Seite des damals noch ziemlich eisernen Vorhangs, zunehmend aber auch von Mitgliedern der Kirchengemeinde Bürgel, die aufgrund ihres Alters die tatsächliche „Mauerreife“ besaßen oder wegen eines gesundheitlichen Leidens oder eines Geburts- oder Ehejubiläums enger, im Westen lebender Verwandten vorzeitig in den Genuss einer beschränkten und/oder einmaligen Erlaubnis zu einer Reise ins faschistische und kapitalistische Ausland gekommen waren.

In diesem Zusammenhang müssen neben dem erwähnten Pfarrer Wolfram auch dessen Gemeindeglieder

Charlotte Lüdecke, Christine Freigang und Hans-Jochen Drafeh, ein Apotheker und emsiger Heimatforscher, genannt werden, die sich bald auf den Weg nach Hirsau machten und die Beziehung zwischen den beiden Orten und uns förderten und mit Leben erfüllten. Der leider wenige Monate vor dem 9. November 1989 viel zu früh verstorbene Hans-Jochen Drafeh war es dann auch, der meiner Frau und mir im Frühjahr 1986 schrieb, dass die Kirchengemeinde mit der Familie Tonndorf in Thalbürgel nette junge Leute als Mesner eingestellt hätte, die sich sehr über unsere Kontaktaufnahme und einen Besuch freuten. Dies geschah dann noch im selben Jahr, womit sich der einleitend gezogene Kreis schließt bzw. eigentlich so richtig begann.

Noch manche Begegnungen und Ereignisse vor dem Fall der Mauer verdienten es, hier nachgezeichnet zu werden, doch aus Platzgründen muss dies leider unterbleiben. Erlauben Sie mir jedoch, wenigstens kurz auf eine ganz besondere und im Übrigen recht paradoxe Begegnung einzugehen, die sich im August 1989, also nicht einmal drei Monate vor dem damals noch nicht zu erwartenden Fall der Mauer, in Bürgel abspielte. Hauptakteur war neben den Gastgebern in Bürgel der Motettenchor aus Pforzheim unter seinem Leiter, Kirchenmusikdirektor Rolf Schweizer, der zu zwei Konzerten innerhalb der Klosterkonzerte Thalbürgel eingeladen war, zu dessen Zustandekommen wesentlich Dr. Hermann Wulzinger beigetragen hatte. Da der Chor aber zu weiteren Konzerten nach Polen weiterreiste, entwickelte sich das Thalbürgeler Konzert und die Reise der Pforzheimer dorthin zu einem Stück skurrilen Theaters und zu einem paradoxen Bürokratiemonster, das für das Wesen der DDR typisch war und das in Ausführlichkeit zu schildern den Rahmen dieses Beitrags sprengen und seine eigentlich frohe Grundstimmung sehr eintrüben würde. Es sei hier nur soviel erzählt, dass die Reisegruppe aus dem Westen nicht mit ihrem eigenen Bus in die DDR einreisen und diese schon gar nicht auf dem Transit zur Weiterreise nach Polen durchqueren durfte. Vielmehr musste der Pforzheimer Bus an der Grenze bei Bebra stehen bleiben, wo die Besucher Thalbürgels die Bahn nach Weimar besteigen mussten. Dort wurden sie von ihren Bürgeler



Thalbürgel - Reste der Vierung und der Absiden
Foto: Peter Schlang

Gastgebern erwartet und mit extra in Jena angeheuerten Bussen zu ihrem Gast- und Auftrittsort gebracht. Am Tag nach dem zweiten Konzert ging es dann auf dem gleichen Weg zurück an die innerdeutsche Grenze, von deren westdeutscher Seite die Reisegruppe dann zum Transit nach Polen erneut in die DDR einreisen musste. Kann da noch jemand ernsthaft den Untergang dieses Systems bedauern, dessen Menschenverachtung hier ja noch in gemäßigter Form zum Ausdruck kam und vorwiegend die mit solchen Schikanen ja eher belastbaren „Wessis“ traf?

Nach dem Mauerfall und der eingangs geschilderten ersten Begegnung auf westdeutschem Boden folgten unzählige weitere Reisen hin und her und eine Ausweitung der Kontakte auf weitere Gruppen und Interessensgebiete. Erwähnt seien hier die Reisen des Familien-



Hirsauer Nasen

Foto: Peter Schlang

kreises der Katholischen Kirchengemeinde Bad Liebenzell-Hirsau nach Bürgel und dessen Teilort Graitschen, wo Dietmar Tonndorf zwischenzeitlich Pfarrer war und die daraus folgende Gründung eines Graitschener Familienkreises oder ein Abend für die Kirchengemeinde Graitschen im Winter 1990, an dem ich deren Mitglieder und weiteren Interessenten die Angst vor dem jetzt gesamtdeutschen Einkommensteuerrecht und anderen Verwaltungsgeheimnissen zu nehmen versuchte.

Wichtig und besonders erfreulich waren auch die Beziehungen zwischen den oben erwähnten Konzerten in der Klosterkirche Thalbürgel und der in Hirsau beheimateten Konzertreihe Sankt Aurelius, die nicht nur gegenseitige Konzertbesuche nach sich zogen, sondern auch zum Austausch von Künstlerinnen und Künstlern und deren Programmen führten.

So gehen die im Jahr 1983 geknüpften Kontakte zwischen Hirsau und Bürgel noch immer weiter und tragen eifrig Früchte. Deren jüngste können Sie am 22. Juli 2012 genießen, wenn Jan Drafeh, ältester Sohn des für die Beziehung zwischen Hirsau und Bürgel so wichtigen Apothekers Hans-Jochen Drafeh und jetzt Domkantor in Naumburg, auf den Spuren seines Vaters nach Hirsau kommen wird. In unserer bereits genannten Konzertreihe Sankt Aurelius wird er mit seiner Naumburger Domkantorei ein Konzert geben, zu dem ich Sie schon heute ganz herzlich einlade. Dann können Sie sich selbst davon überzeugen, dass die Kontakte zwischen Hirsau und dem Großraum Bürgel-Jena auch nach 900 Jahren und in der zweiten Generation nach der Wiedervereinigung, deren wir heute hier auf besondere Weise gedenken, noch sehr lebendig und frisch sind und den beteiligten Menschen Freude und Erfüllung schenken.

Ehrung von Gründungsmitgliedern des Kreisgeschichtsvereins Calw

Sicher im Namen aller Zuhörer danke ich unseren fünf Zeitzeugen für die lebendigen Ausführungen über eine bewegte und uns vielfach noch heute bewegende Zeit. Im Zusammenhang mit dem Schlusswort von Herrn Dr. Klaus Pichler nach der Ehrung von Gründungsmitgliedern des KGV, die ich nun zusammen mit meinem Stellvertreter Alfred Kiefer vornehmen darf, kommen wir auf unsere Herren Referenten noch einmal zurück.

Ein Verein, gemeinsame Arbeit, eine gute Sache, dies alles lebt immer von denen, die hinter dem stehen. Zum Glück hatte der Kreisgeschichtsverein Calw immer wieder und zu jeder Zeit seines Bestehens Mitglieder, die als Förderer oder ehrenamtlich Wirkende die Arbeit mitgetragen haben. Dabei denke ich an meine schon genannten Vorgänger im Amt des Vorsitzenden ebenso wie an die Stellvertreter, Redakteure, Kassierer, viele Vorstandsmitglieder und Helfer bei welchen Vereinsaufgaben auch immer.

Nicht zuletzt denke ich an die Mitglieder, welche forschen und ihre Erkenntnisse zur Publikation bereitstellen. Ihnen allen, für die ich namentlich meinen derzeitigen Stellvertreter im Vorsitz, Alfred Kiefer, und unseren laut Ankündigung auch noch das Sonderheft und die nächste Ausgabe von „Einst&Heute“ begleitenden Redakteur, Dr. Hermann Wulzinger, nenne, danke ich herzlich dafür.

Viele Stunden jedes Jahr, bei den namentlich Genannten muss man von Tagen und Wochen in vielen Jahren sprechen, leisten Sie engagiert ehrenamtliche Arbeit für unseren gemeinnützigen Verein und seinen Zweck, der nicht übliches Hobby ist, sondern ganz besonders der Allgemeinheit dient. Denn das Kennen der Vergangenheit hilft die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten, hilft auch Fehler vermeiden, so ähnlich hat es ja Herr Kreisarchivar Martin Frieß in seinem Grußwort zum Ausdruck gebracht.

Wir alle können dankbar dafür sein, dass vor 25 Jahren Gründer da waren, die unseren KGV sozusagen in die Zukunft geschickt haben, um die Vergangenheit ins Gedächtnis zu rufen und in Erinnerung zu behalten. Die 14 Gründungsmitglieder des Kreisgeschichtsvereins Calw hat der frühere Kreisarchivar Gregor Swierczyna

wie folgt in seinem heute schon erwähnten Bericht festgehalten:

Dr. Theo Kiefner, Calw-Altburg (heute Tübingen)
Dr. Ernst Weber, Wildberg
Horst Roller, Calw-Stammheim
Klaus Rach, Simmersfeld
Dr. Klaus Pichler, Bad Teinach-Zavelstein
Stella Eilfort, Neubulach
Walter Gutekunst, Oberschwandorf
Fritz Roller, Gechingen
Marianne Pancratz, Altensteig
Hartmut Wagner, Bad Liebenzell
Dr. Klaus Peter Hartmann, Calw-Hirsau
Rolf Hammann, Bad Liebenzell
Verein für Heimatgeschichte Nagold
Jürgen Rauser, Calw

Von den Mitgründerinnen und Mitgründern haben uns einige im Lauf der Jahre für immer verlassen. So ist nun einmal der Gang des Lebens. Auch an unsere verstorbenen Ehrenmitglieder Dr. Johannes Klaß aus Wildberg und Friedrich Zeeb aus Bad Liebenzell sowie das vor wenigen Wochen überraschend von uns gegangene Vorstandsmitglied Horst Rau möchte ich in dieser Stunde erinnern.

Einige der Gründungsmitglieder können aber heute auch unter uns weilen. Sie wollen wir mit einer Ehrenurkunde und einer kleinen Aufmerksamkeit ehren. Deshalb darf ich die anwesenden genannten Gründungsmitglieder nach vorne bitten.

Stellvertretend für alle verlese ich die Ehrenurkunde für unseren Ehrevorsitzenden, Herrn Jürgen Rauser. Ehe ich dies tue, darf ich hervorheben, dass erfreulicherweise auch unser Ehrenmitglied Fritz Roller anwesend ist. Unser Ehrenmitglied Dr. Theo Kiefner, der sich ganz besondere Verdienste um die Waldensergeschichte erworben hat, kann leider nicht bei uns sein. Aber wir werden allen nicht anwesenden zu Ehrenden natürlich das für sie Vorbereitete zukommen lassen.

Der Inhalt der Ehrenurkunden auf den jeweiligen Empfänger bezogen lautet:



Ehrenurkunde

Der Kreisgeschichtsverein Calw spricht seinem treuen
Gründungsmitglied und Ehrenvorsitzenden

Herrn Jürgen Rauser

für seine in 25-jähriger Mitgliedschaft erworbenen
Verdienste durch Mitwirkung am Aufbau des
Vereins sowie an der Erforschung, Dokumentation
und Verbreitung heimatgeschichtlicher Zusammen-
hänge Dank und Anerkennung aus und verleiht ihm
diese Ehrenurkunde.

Calw, den 3. Oktober 2011

Für den Vorstand des Kreisgeschichtsvereins Calw e.V.

Hans Schabert
Erster Vorsitzender

Alfred Kiefer
Stellvertretender Vorsitzender



Die anwesenden Gründungsmitglieder nach Erhalt der Ehrenurkunde.

Von links nach rechts:
Dr. Klaus-Peter Hartmann,
Jürgen Rauser, Horst
Roller, Fritz Roller
und Dr. Klaus Pichler;
eingerahmt sind die
Ehrenmitglieder links
von Hans Schabert und
rechts von Alfred Kiefer.

Foto: Steffi Stocker

Schlusswort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir sind am Ende unserer Veranstaltung angelangt.

Der Vorstand unseres Kreisgeschichtsvereins hat mich mit einem Schlusswort beauftragt.

Schlussworte, meine Damen und Herren, haben ja stets etwas sehr Erleichterndes: es ist alles gesagt, was zu sagen war, die Herren Referenten haben ihr Bestes gegeben und wir sind alle einig: nun reicht's allmählich! Und deshalb habe ich auch von meinem Grundsatzreferat zum Thema: „Die Bedeutung ehrenamtlicher Heimatforschung unter besonderer Berücksichtigung des Kreisgeschichtsvereins Calw“ abgesehen, zumal mir mein verehrter alter Lateinlehrer Dr. Meininger, in der ganzen Schule nur als der Dächte bekannt, einfiel. Der Dächte pflegte immer, wenn wir etwas nicht so wahnsinnig Intelligentes von uns gaben, mit abgrundtiefem Zynismus zu bemerken: Si tacuisses, philosophus mansisses! Frei ins Schwäbische übertragen etwa "Wenn Du Dein Maul gehalten hättest, hätt` man Dich weiterhin für einen hellen Burschen halten können"!

Nebenbei: Der Dächte war ein lieber und gebildeter Mann. Er hat im ersten Weltkrieg als Freiwilliger mitgefochten und in unserer Lateinklasse war es mucksmäuschenstill, als er von einem der letzten Ulanenangriffe erzählte, bei dem er mit eingesetzt war. Für jüngere Generationen: Ulanen waren eine berittene Truppe, deren Hauptbewaffnung in einer Lanze bestand. In dem vom Dächte geschilderten Fall gingen die Ulanen gegen Maschinengewehr-Stellungen an.

Er hat bei dieser Gelegenheit einen Schuss in die linke Brustseite abbekommen und schloss mit seinem Leben ab, doch es stellte sich heraus, dass es ein Querschläger war, der in seinem Notizbuch stecken blieb. Das deformierte Projektil führte er als Talisman immer mit sich, wir durften es besichtigen, und keiner erlaubte sich einen Witz. Abgesehen vom erzählerischen Inhalt beleuchtet die kleine Anekdote auch, wie sich die Dinge in knapp 100 Jahren verändert haben.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass Dr. Meininger seine Bemerkung zu unseren sieben Referenten bestimmt nicht gesagt hätte. Nein, wir haben ihre Beiträge mit Aufmerksamkeit verfolgt und können die historische Bauernweisheit nur bestätigen, die da weiß, dass man nach einem Besuch im Rathaus oder gar Landratsamt nie so dumm heimgeht, wie man hergekommen ist.

25 Jahre Kreisgeschichtsverein und 21 Jahre Deutsche Einheit, ein Doppeljubiläum also. Wir haben heute Nachmittag erlebt, wie das würdig begangen wurde.

Eine interessante Fragestellung für Heimatforscher – die ja bekanntlich schwer zu bremsen sind – wäre natürlich die Frage, wie die Gründung des Heimat- und Geschichtsvereins Landkreis Calw am 3. Oktober 1986 mit der Deutschen Einheit wohl zusammenhängt? Na ja, es könnte dabei allerdings so gehen, wie bei der Klärung des Phänomens, dass die Anzahl der Störche in Schweden in etwa im gleichen Ausmaß zurückgegangen ist wie die Zahl der Geburten. In der ehemaligen DDR wäre die Gründung eines Vereins, der sich liberal und ohne Vorgaben mit Geschichte befasst, völlig undenkbar gewesen. Geschichte bedeutete dort Beschäftigung mit Marxismus-Leninismus.

Ein kurzes Gedenken möchte ich den Frauen und Männern unseres Vereins widmen, die uns im Zeitenlauf vorausgegangen sind. Persönlichkeiten, die den Verein mitgeprägt haben: Ich erinnere an Herrn Schulrat a. D. **Emil Göldenboth**, an Herrn **Felix Schweitzer** aus Gültlingen, der sich besonders um die verschiedenen Trachten verdient gemacht hat und dessen stets fidele Laune ansteckend wirkte, an Herrn Forstdirektor **Jochen Löffler** aus Nagold, an Herrn Stud. Dir. i. R. **Hermann Scheurer** – unseren vormaligen Redakteur – und dessen Ehefrau, an Herrn **Dr. Karl Kempf** aus Nagold, an meinen Kollegen Herrn **Dr. Johannes Klass** aus Wildberg, an **Horst Rau** aus Wildbad, der überraschend in diesem Jahr wenige Tage nach einer Vorstandssitzung, bei der er noch mitgewirkt hatte, verstarb, an Frau **Elisabeth Witt** aus Liebenzell und an Frau **Stella Eilfort**, Neubulach, unsere langjährige Kassierererin. Die Reihe ist unvollständig. Es sind die Namen, die mir eingefallen sind.

Namens des Kreisgeschichtsvereins möchte ich mich nun sehr herzlich bedanken: Das Landratsamt hat in die Steuerschatulle gegriffen und ließ uns hier zu Gast sein, und die Referenten haben bereitwillig mitgemacht. Unsere Verbindungsleute zum Amt, Frau Vogel und Herr Kreisarchivar Friess, haben die Wege geebnet.

Ausdrücklich bedanken möchte ich mich auch bei denen, die am Karren mitgezogen haben und mitziehen: Bei Herrn Jürgen Rauser, der die Gründung initiierte und langjähriger Vorsitzender war, bei Herrn Horst Roller, der ihm nachfolgte und natürlich auch bei Herrn Hans Schabert, der jetzt das Kommando führt, nachdem er im Neuweiler Rathaus nichts mehr zu sagen hat. Einen

herzlichen Dank auch allen übrigen Funktionsträgern sowie den treuen Mitgliedern, aus deren Reihen immer wieder spannende Beiträge kommen.

Ein Verein mit bescheidenen irdischen Gütern kann natürlich den Herren Referenten keine adäquate Entschädigung bieten, doch eine kleine Anerkennung ist uns ein Herzensanliegen. Als Geschichtsverein sind wir mit einer weiteren historischen Weisheit vertraut, die da lautet: „Das Wasser gibt dem Ochsen Kraft, der Mann braucht Bier und Rebensaft.“ Also hat unser Vorstand an ein Fläschle Württemberger Roten gedacht. Aber dann

fiel uns ein, dass die Herren ja immer einen klaren Kopf behalten sollten, und deshalb haben wir doch zu den hervorragenden Heilwässern unseres Kreises gegriffen, zumal diese wunderbar geeignet sind, unser im letzten Jahr erschienenenes Buch über die Heilbäder des Kreises Calw zu ergänzen.

Und nun wollen wir uns noch für Ihr geduldiges Zuhören bedanken. Ich gehe davon aus, dass Sie sich dafür, dass Sie jetzt nach Hause gehen dürfen, mit einem tosenden Applaus bedanken. Wir wünschen Ihnen einen guten Heimweg und noch einen schönen Abend.



Zum Abschluss der Veranstaltung stellten sich die Referenten zu einem Gruppenfoto auf. Von links nach rechts: Pfarrer Robert Stratmann, Peter Schlang, Wolfgang Ehrmann, Landrat a.D. Hans-Werner Köblitz, BM a.D. Ulrich Maier und Dr. Klaus Pichler, der für das Schlusswort verantwortlich zeichnete. Auf dem Bild fehlt BM a.D. Siegfried Lutz, der die Veranstaltung vorzeitig verlassen musste.
Foto: Alfred Kiefer

Unsere Kulturförderung:
Gut für die Menschen.
Gut für die Region.

 Sparkasse
Pforzheim Calw